



MIT PEP VOR ORT DOKUMENTATION

3

Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz vor Ort

Im Rahmen des Förderprogrammes JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort



INHALT

| | |
|--|-----------|
| Vorwort – Ministerin Katharina Binz | 2 |
| Einleitung Projektträger | 4 |
| 1. Der Projektbeirat | 7 |
| Rudi Neu, Landesjugendpfleger | 7 |
| Prof. Dr. Nils Köbel | 9 |
| 2. Die Experten | 13 |
| Prof. Dr. Werner Lindner, Projektleitung | 13 |
| Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert | 19 |
| Prof. Dr. Stephan Grohs | 27 |
| Dr. Moritz Kirchner | 32 |
| 3. Die teilnehmenden Kommunen | 34 |
| Landkreis Kaiserslautern | 34 |
| Landkreis Alzey-Worms | 38 |
| Stadt Neuwied | 45 |
| Stadt Frankenthal | 51 |
| Anhang | 57 |
| PEP – Inhalts- und Zeitachse der Teilnehmer/innentreffen im Überblick | 57 |
| Geographische Verteilung der Projektträger | 58 |
| Projektbeirat | 61 |
| Hinweise zu den Autorinnen und Autoren | 63 |
| Impressum | 64 |

*Hinweis: Für den Inhalt der einzelnen Beiträge
sind die jeweils benannten Autorinnen und Autoren
verantwortlich*

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

im Zuge der Umsetzung der Jugendstrategie „JES! Jung.Eigenständig.Stark.“ startete 2013 das neue Förderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“. Im Oktober 2023 hat nun der dritte Durchlauf des Programms erfolgreich seinen Abschluss gefunden.

Fokus des Programms liegt darauf, Kommunen und Fachkräfte bei der Entwicklung bzw. Weiterentwicklung und Umsetzung kommunaler Jugendstrategien zu unterstützen und Qualifizierungen zu ermöglichen, die eine gute Arbeit vor Ort garantieren.

Ich bin stolz und freue mich, dass sich auch in dieser Runde wieder vier Kommunen mutig auf den Weg gemacht und die Herausforderungen angenommen haben, die mit der anspruchsvollen Aufgabe einhergehen, kommunale Jugendstrategien zu implementieren. In ihrer Vielfalt haben sich die Kommunen durch die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten untereinander bereichert und einander wichtige Impulse gegeben, die auch andere Kommunen im Land zum Aufbruch ermutigen können:

- So hat der Landkreis Kaiserslautern die demokratische Beteiligung und somit die lebendige und erfahrbare Demokratie in den Mittelpunkt seines Projektes gestellt. In diesem Sinne war von besonderer Bedeutung, die Interessen junger Menschen und ihre Sichtbarkeit in Politik und Verwaltung zu stärken. Durch Aktionen, die gezielt eine solche Sichtbarkeit für die Interessen und Belange junger Menschen schaffen, wie Vernissagen und einen aufgestellten Kubus, konnte ein niedrigschwelliger Austausch zwischen jungen Menschen, Sozialarbeitenden, Politik und Verwaltung hergestellt werden.
- Der Landkreis Alzey-Worms hat sich indes für die Umsetzung eines Modellprojekts in der Verbandsgemeinde Wörrstadt entschieden, um zu erproben, wie modellhaftes Arbeiten an einer Stelle auf den gesamten Landkreis ausgeweitet werden kann. Die Herausforderungen des Flächenlandkreises wurden dabei quasi in einer kleineren Struktur bearbeitet, um zu langfristigen, großräumigeren Lösungen zu finden. Dabei stand auch für diesen Landkreis die politische Beteiligung junger Menschen im Fokus der zu entwickelnden Jugendstrategie.
- Die Stadt Neuwied nutzte das Projekt, um die jahrzehntelang gewachsenen und etablierten Beteiligungsstrukturen weiterzuentwickeln und Kinder und Jugendliche weiter in den Fokus von Kommunalpolitik und Verwaltung zu stellen. Hervorzuheben ist hierbei die Bedeutung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit im Viertel Raiffeisenring und das damit verbundene Projekt „Jugendliche erobern öffentliche Plätze“, das die Bedarfe der jungen Menschen veranschaulichte und Interessenkonflikte im städtischen Raum abzuwägen versuchte.
- Die Stadt Frankenthal startete vor dem Hintergrund der Erfahrungen in das Projekt, dass Partizipation und kommunales Engagement junger Menschen stark von einzelnen Personen abhängig ist und bei personellen Veränderungen schnell zusammenbrechen kann. Ausgehend von einem Beschwerdeprozess rund um die Entstehung wilder Mountainbikestrecken hin zu einem offiziellen Skatepark, wurde auch die kommunale Jugendbeteiligung in den Blick genommen, um Perspektiven für weitergehende Beteiligung anzubieten und aufzubauen. Das Kinder- und Jugendbüro trat dabei unterstützend auf, um die Beschwerden der Anwohnenden, die rechtlichen Rahmenbedingungen und Problemstellungen und die Interessen der Gruppe in Dialog zu bringen.

Dies können nur Blitzlichter der Prozesse und Projektbausteine an den einzelnen Standorten sein. Sichtbar wird aber, dass es Gemeinsamkeiten wie

auch Unterschiede zwischen den Standorten gibt. Sie alle eint jedoch, dass sie im Projektzeitraum unschätzbar wichtige Arbeit für die Kinder und Jugendlichen und die Strukturen der Jugendarbeit vor Ort geleistet haben und beeindruckende Ergebnisse zustande gebracht haben. Das konnte nur gelingen, weil alle Kommunen intensiv mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern wie Trägern, Kirchen, Vereinen, Verbänden, Verwaltung, Politik und vielen mehr zusammengearbeitet haben, um dauerhaft Aufmerksamkeit für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Gremien, den Stadträten, Verbandsgemeinderäten und Kreistagen ist fachlich wie politisch ein bedeutsamer Bestandteil dieser parteilichen Arbeit für die Jugend, um Politik nicht nur mitzunehmen, sondern für die Bedeutung jugendpolitischer Vorhaben zu begeistern. Gleichzeitig dazu wurden die teilnehmenden Fachkräfte der kommunalen Jugendarbeit kontinuierlich wissenschaftlich begleitet und in den Bereichen Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik, Netzwerk-Management sowie Kommunikationswissenschaft und Politikberatung fortgebildet. Dies verlieh ihnen umso mehr die Fähigkeiten, die sie benötigen, um die Interessen junger Menschen noch stärker in den kommunalen Prozessen zu platzieren und zu vertreten.

Eine Politik für die Jugend und mit der Jugend, eine Politik, die junge Menschen mitnimmt, sie ernsthaft beteiligt, ihnen Gestaltungsräume eröffnet und sie durch Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in ihrer persönlichen wie staatsbürgerlichen Entwicklung unterstützt, ist von eminenter Bedeutung für das demokratische Gemeinwesen – mehr denn je! All das ist neben den bereits benannten Maßnahmen das, was eigenständige Jugendpolitik ausmacht und ihr Leben verleiht. Es ist das, was nicht nur zukunftsfähige Jugendpolitik bedeutet, sondern auch zukunftsfähige demokratische und soziale Teilhabe junger Menschen vor Ort in den Kommunen.

Mein Dank gilt daher an dieser Stelle allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern, die die Prozesse aktiv begleitet und in den Gremien unterstützt haben. Im Weiteren gilt mein Dank den Fachkräften für die Arbeit, die sie mit viel Engagement geleistet haben. Zum Abschluss dieses Projekts beglückwünsche ich alle Beteiligten recht herzlich!

Ich danke aber auch dem Fachausschuss 1 des Landesjugendhilfeausschusses und dem Landesjugendhilfeausschuss insgesamt für die erneute Bereitschaft, die Trägerschaft von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ übernommen zu haben und mit dem Landesjugendamt sowie mit finanzieller Unterstützung meines Ministeriums das Programm umzusetzen.

Und schließlich gilt mein Dank den Professoren und Experten, die das Projekt wissenschaftlich begleitet haben.

So viel wir erreicht haben, so viel gibt es noch zu tun. Und deswegen bin ich froh, dass wir die bisherigen Kommunen für drei weitere Jahre finanziell weiter unterstützen können und auch, dass wir am Ball bleiben wollen, um das Programm fortzuentwickeln. Gemeinsam mit Kommunen, freien Trägern und Fachkräften gilt es daran weiter zu arbeiten, Jugendpolitik zukunftsfähig zu gestalten, um Jugendliche in ihrer staatsbürgerlichen wie persönlichen Entwicklung bestmöglich zu unterstützen. Das ist Teil unserer gemeinsamen Verantwortung.



Ich wünsche Ihnen ein inspirierendes Lesen und alles Gute für Ihre Arbeit!

Katharina Binz

Katharina Binz
Ministerin für
Familie, Frauen, Kultur
und Integration

EINLEITUNG PROJEKTTRÄGER

Abschluss der 3. Qualifizierungsrunde

Die hier vorliegende Dokumentation markiert den Abschluss der 3. Qualifizierungsrunde von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“. Der Landesjugendhilfeausschuss führte damit in eigener Trägerschaft zum dritten Mal das jugendpolitische Modellprojekt erfolgreich durch. Wichtig war die Unterstützung durch das für Jugend zuständige Ministerium im Rahmen der Jugendstrategie der Landesregierung „JES! Jung.Eigenständig.Stark“ für die Weiterführung dieses Qualifizierungsmoduls „PEP vor Ort“. Im Oktober 2021 ging „JES! mit PEP vor Ort 3“ an den Start und endete zwei Jahre später im Oktober 2023.

Wie in den vorherigen Durchläufen war es die zentrale Aufgabe, eine Jugendpolitik von und für



Albrecht Bähr, Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses auf der Abschlussstagung

Jugendliche zu entwickeln und in den jeweiligen Kommunen nachhaltig umzusetzen. Dies basierte auf den drei JES!-Zielen und neun Handlungsfeldern (siehe Grafik).

Die Leitziele und Handlungsfelder der Jugendstrategie dienen der Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz

1. Befähigung und Unterstützung der jungen Menschen zur Teilhabe in der Gesellschaft
2. Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume
3. Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung der Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens.

Die drei Leitziele können in mindestens neun Handlungsfelder differenziert werden:

1. Ganzheitliche Bildung – Non-formale/informelle Bildung stärken

2. Selbstbestimmten Gestaltungsspielraum für die Jugend sichern
3. Soziale Integration fördern
4. Interkulturelle Öffnung fördern
5. Partizipation stärken
6. Offenheit für geschlechtliche Diversität fördern
7. Jugend und Medien – Medienkompetenz stärken
8. (Rechts-)Extremismus stärken
9. Jugendliche durch europäische/internationale Erfahrungen stärken

Quelle: Jugendstrategie JES! . Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz (rlp.de)

Adressat der Qualifizierung waren ausgewählte Fachkräfte der Jugendarbeit in den teilnehmenden Kommunen, die in acht zentralen Treffen unter wissenschaftlicher Begleitung auf Basis von Politikfeld- und Netzwerkanalysen Projekte entwickelten, sich darüber austauschten und so voneinander als Lerngruppe profitierten. Zurück in den Kommunen wurden die Projekte in strategischen und operativen Teams realisiert. Vier Kommunen, die Städte Frankenthal und Neuwied, der Landkreis Kaiserslautern und der Landkreis Alzey-Worms mit der Modellregion Verbandsgemeinde Wörrstadt, nahmen daran teil.

Landesjugendhilfeausschuss unterstützt junge Menschen

Nach der Corona-Pandemie forderte der Landesjugendhilfeausschuss, junge Menschen einerseits sehr viel stärker als bislang in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft zu stellen und andererseits, sie viel konsequenter an allen sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Mittlerweile sind die Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz deutlich gestärkt worden, z. B. durch die Änderungen in Landkreis- und Gemeindeordnung, den Aufbau des Landesjugendhilferates und die Unterstützung des Dachverbandes der Jugendvertretungen durch das zuständige Ministerium.

In der gegenwärtigen Krise der Demokratie muss diese Entwicklung weiter unterstützt werden. Kinder und Jugendliche müssen Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, dazu Räume und Gelegenheit zur Verfügung gestellt bekommen und hierbei ergebnisoffen begleitet und befähigt werden. Wenn dies gelingt, kann perspektivisch ein nachhaltiges Demokratieverständnis erworben werden, das die Resilienz stärkt und sich demokratiezersetzenden Gefahren wirksam entgegenstellt. Dazu trägt das Qualifizierungsmodul „PEP vor Ort“ bei. Hierdurch wurde konkret die Entwicklung und Durchführung einer kommunalen Jugendstrategie in einer „Bottom-up-Strategie“ befördert, das heißt, es wurde von den Interessen

und Bedürfnissen in den Lebenswelten der Jugendlichen ausgegangen. Strukturell wurde „PEP vor Ort“ über Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse, der Räte und ebenso über Steuerungsgruppen mit zentralen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung abgesichert. Fachkräfte der Jugendarbeit der teilnehmenden Kommunen wurden qualifiziert und unter wissenschaftlicher Begleitung gecoach.

Dokumentation gibt Einblicke

Die Dokumentation gibt Einblicke in den beachtlichen Mehrwert für die teilnehmenden Kommunen, die sich auf diesen herausfordernden Weg machten.

Zu Beginn der Dokumentation werden von Seiten des Beirates durch Rudi Neu, Fachberater für Jugendarbeit im Landesjugendamt Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und Projektleiter in allen drei Runden, konzeptionelle Fortschreibungen und Entwicklung in Abgrenzung zu den Vorgängerprojekten skizziert. Daran anknüpfend würdigt das Beiratsmitglied Prof. Dr. Nils Köbel, KH Mainz, mit kritisch-pädagogischem Blick das Projekt (1. Kapitel).

Im 2. Kapitel folgen Beiträge der beteiligten Professoren aus deren Wissenschaftsdisziplinen. Dr. Moritz Kirchner, Trainer für politische Kommunikation, gibt mithilfe eines „Mural¹“ Einblicke in Inhalte und Ergebnisse seines interaktiven Trainings im Rahmen der Abschlusstagung.

Projektziele, -darstellungen, -erfahrungen, Lerneffekte und Empfehlungen der Fachkräfte strukturieren die Beiträge der teilnehmenden Kommunen (3. Kapitel).

¹ WebMural ist eine sichere, flexible und visuelle Arbeitsplattform, die Teams dabei hilft, mit gemeinsamen Bereichen, Vorlagen und KI-Integration besser zusammenzuarbeiten, (<https://www.mural.co>). Mural bezeichnet hier eine gemeinsam erstellte Ergebnisfolie.

Im Anhang finden sich u. a. Schaubilder zum Projektverlauf und Landkarten zu den beteiligten Kommunen und weitere Informationen.

Es muss weitergehen

Ein besonderer Dank gilt allen Akteurinnen und Akteuren, die engagiert ihren Beitrag geleistet haben, sich in Sachen Jugendpolitik auf den Weg zu machen, um jungen Menschen vor Ort Möglichkeiten zu geben, sich nachhaltig einzubringen. Danke an die beteiligten jungen Menschen, die Fachkräfte der Jugendarbeit, die Politik und Verwaltung, die beteiligten Professoren und sicher nicht zuletzt an das Jugendministerium. Ganz besonderer Dank gebührt dem Landesjugendpfleger Rudi Neu aus der Verwaltung des Landesjugendamtes für die inhaltliche und konzeptionelle Begleitung der drei zurückliegenden Projekte und der hier vorliegenden Dokumentation. Der Landesjugendhilfeausschuss ist stark daran interessiert, das erfolgreiche und wichtige Projekt fortzuführen und wird sich erneut für die Trägerschaft bewerben. Mit „PEP vor Ort 4“ soll jungen Menschen weiterhin eine Stimme gegeben werden, die von Fachkräften der Jugendarbeit, Politik und Verwaltung aufgegriffen und in geeigneten Beteiligungsstrukturen umgesetzt wird.

Für den Landesjugendhilfeausschuss
Albrecht Bähr
Vorsitzender

Für die Verwaltung
Iris Egger-Otholt
Leiterin der Abteilung Landesjugendamt LSJV



1. DER PROJEKTBEIRAT

Beitrag von Rudi Neu (Landesjugendpfleger)

Träger des Projektes war der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz. Dessen Fachausschuss „Außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendschutz“ (FA 1) begleitete das Projekt intensiv. In jeder Sitzung des FA 1 wurde der Stand des Projektes vorgestellt, diskutiert und wertvolle Anregungen, z. B. im Hinblick auf Ausrichtung und Konzeption, zur Verfügung gestellt. Dies geschah ebenso in den Beiratssitzungen² als auch in enger Kooperation mit Lucia Stanko, Referatsleiterin im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration. Die Geschäftsführung und Umsetzung von „PEP vor Ort 3“ lag bei Rudi Neu in der Fachberatung Jugendarbeit, Abteilung Landesjugendamt im LSJV. Dort wurden alle Rückmeldungen und Ideen gesammelt und soweit es möglich war, umgesetzt. Daraus resultierten zu den Vorgängerprojekten folgende Überlegungen einer konzeptionellen Fortschreibung:

Von der einzelnen Fachkraft hin zu allen Fachkräften in der Kommune und Anbindung an die JES!-Ziele

Im ersten Durchgang 2013 - 2015 konnten sich einzelne Fachkräfte der Jugendarbeit bei PEP, dem Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit, bewerben bzw. teilnehmen. Durch die verstärkte Kooperation und programmatische Einbindung in die jugendpolitische Landesstrategie JES! konnten ab dem zweiten Durchlauf (2017 - 2020) Fachkräfte eines Kreises oder einer Stadt (als Gruppe) teilnehmen. Hintergrund war das Vorhaben, eine von Jugendlichen für ihren Lebens-

raum entwickelte Jugendpolitik, durch die Fachkräfte begleitet, befähigt sowie von der Politik unterstützt, vor Ort umzusetzen. Dadurch wurde ein ganzheitliches Agieren, das interdisziplinär denkt und arbeitet, befördert.

Aufbau und Ausbau begleitender Unterstützung durch das Jugendministerium (JES! Eigenständige Jugendpolitik)

Die JES!-Ziele und neun Handlungsfelder der Landesstrategie JES! waren nun rahmend gesetzt (siehe Einleitung Projektträger). Durch die Teilnahme am JES!-Programm wurden Finanzmittel (Sach- und Personalkosten) von Seiten des Jugendministeriums zur Verfügung gestellt, die u. a. nachhaltige Beteiligungsstrukturen für Jugendliche über den Fachkräftequalifizierungsteil (mit PEP vor Ort) sicherten.

Veränderungen im Beirat

Ebenso veränderten sich die Zusammensetzung und die Beiträge des begleitenden Beirates. Mit Prof. Dr. Nils Köbel, Professor für Pädagogik an der Katholischen Hochschule Mainz, gewannen wir einen Mitstreiter, der aus seiner kritisch-pädagogischen Perspektive das jugendpolitische Projekt im Beirat begleitete und auf der Abschlusstagung würdigte (siehe nächster Beitrag).

Eine anlassbezogene Unterstützung der Fachkräfte untereinander

Die Lerngruppe spielt eine wesentliche Rolle in bisher allen PEP-Runden. In den ersten beiden Durchgängen fand die gegenseitige Unterstützung im Wesentlichen im Rahmen der gemeinsamen Qualifizierungstreffen statt. Im dritten Durchgang

² Zusammensetzung des Beirates und Aufgaben siehe im Anhang

konnte die Expertise der für ihre Kommune teilnehmenden Fachkraft Sonja Jensen, die seit 20 Jahren Leiterin der Fachstelle Partizipation in der Stadt Neuwied ist, genutzt werden. Sie fungierte als Referentin zu Partizipation in zwei anderen teilnehmenden Kommunen.

Die Integration der Fachkräfte aus den vorherigen Projektdurchläufen als Coaches

Mit Günter Kistner, Tobias Schasse und Tobias Rutz standen aus beiden Vorgängerprojekten Fachkräfte im PEP 3 als Coaches sporadisch zur Verfügung und brachten ihre Expertise zielgenau, z. B. im Vorfeld bei zwei Qualifizierungstreffen und bei der Abschlusstagung, ein.

Weiterer Ausbau des jugendpolitischen Netzwerkes in Rheinland-Pfalz

Die Gruppe der (potentiellen) Coaches wächst von Runde zu Runde und damit auch die Anzahl der Fachkräfte, die jugendpolitisch „angesteckt“ wurden. Als Fachkraft der Jugendarbeit wird „Jugendpolitik“ nunmehr als Teil ihres Handlungsauftrages verstanden. Daraus resultier(t)en jugendpolitische Netzwerke in Rheinland-Pfalz, die es weiterhin gilt, auszubauen und zu fördern, ggfs. durch eine vierte Runde.

Die verstärkte Einbindung der Perspektive von Jugendlichen auf Landesebene

In der zweiten Runde wurde im Beirat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Perspektive von jungen Menschen zu wenig vertreten ist. In der dritten Runde konnte die Perspektive von Jugendlichen verstärkt eingebunden werden. Dominik Schmidt von der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz arbeitete im Beirat mit. Sabrina Kleinhenz vom Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz stand bei zwei Qualifizierungstreffen und bei der Abschlusstagung zur Verfügung. Wie konkret die Einbindung

der Perspektiven von Jugendlichen auf der Projektebene war – siehe Vorbedingung durch die JESI-Ziele (Einleitung Projektträger) – wird im dritten Kapitel nachgezeichnet.

Von der Politik lernen

In diesem Durchlauf ist es gelungen, Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik und Verwaltung noch intensiver einzubinden. Hilfreich war, dass vier der Qualifizierungstreffen in den vier beteiligten Kommunen stattfanden. Die in den strategischen Gruppen involvierten Entscheiderinnen und Entscheider der gastgebenden Kommune standen so (niederschwellig) interaktiv zur Verfügung und wurden z. B. mit der Frage konfrontiert: Wie muss ich als Fachkraft ein von Jugendlichen geäußertes Anliegen in der Kommune erfolgreich einbringen? Durch den Perspektivwechsel und Dialog wurden praxisnahe Erkenntnisse gewonnen.



Rudi Neu (li) mit Landrat Sippel und Bürgermeister Haßler (re) im konstruktiven Dialog

Zusammenfassend wurden konzeptionell Bewährtes beibehalten und Neuerungen, wie geschildert evaluiert, um bei einer potentiell nächsten Runde die Qualifizierung fortzuschreiben.

Als weitere Herausforderungen bleiben, mehr Diversität, konkret mehr Frauen in den zentralen Rollen des Projektes zu gewinnen, sowie die Zugänge für Fachkräfte freier Träger und Fachkräfte aus Jugendverbänden besser zu ermöglichen.

Beitrag von Beiratsmitglied Prof. Dr. Nils Köbel (KH Mainz)

Demokratie als Kommunikationsform: Lebensweltorientierte Impulse

Welche politischen Inhalte in der Jugendarbeit in welcher Weise thematisiert werden sollten und wie die Soziale Arbeit demokratisches Bewusstsein stärken kann, ist seit jeher eine Kernfrage der Sozialpädagogik. Burkhard Müller weist darauf hin, dass historisch gesehen Jugendarbeit politisch sehr unterschiedlich konnotiert wurde. So bildete sich in den 70er Jahren eine Pädagogik, die Jugendarbeit als „politischen Aktionsraum“ (Müller 2007, S. 237) verstand, der sich dezidiert von den „vereinnahmenden Tendenzen staatlicher oder auch kirchlicher Jugendpflege“ (ebd. S. 236) der frühen Nachkriegsjahre absetzen wollte. Dieser politischen Färbung folgten in den 80er und 90er Jahren eher neutrale Konzentrationen auf die Ermöglichung von Freizeitangeboten für unterprivilegierte Jugendliche. Damit nahm jedoch eine marktförmige Angebot- und Nachfragerlogik zu und im Zuge dessen auch die Zweckrationalisierung der Jugendarbeit. Gegenwärtig steht eine „beziehungspädagogische Option“ (ebd. S.240) im Zentrum jugendpädagogischer Überlegungen. Auf der Basis wechselseitiger Anerkennung persönlicher Würde und individueller Gewordenheit können mit Jugendlichen in offenen Räumen lebensweltliche Themen besprochen und bearbeitet



Beiratsmitglied Prof. Dr. Köbel würdigt das Projekt als Beitrag für eine demokratische Zukunft

werden, und dies schließt auch politische, ethische und weltanschauliche Themen mit ein.

Diese Schwerpunktlegung der Jugendarbeit auf die konkrete Begegnung und das Gespräch über das Hier und Jetzt des Lebens ermöglicht zahlreiche Anschlüsse an Konzepte der politischen Bildung. Dass auch Klassiker der Demokratiepädagogik im Zuge dessen wieder zu Wort kommen können, soll im Folgenden an zwei Beispielen verdeutlicht werden: der pädagogischen Philosophie John Deweys und der Entwicklungspsychologie von Lawrence Kohlberg.

John Dewey: Demokratie und Lebenswelt

In seinem Werk „Demokratie und Erziehung“, erstmals erschienen im Jahr 1916, versuchte John Dewey (1859-1952) „die in einer demokratischen Gesellschaft verkörperten Ideen herauszuarbeiten, darzustellen und sie auf die Probleme des großen Werkes der Erziehung anzuwenden“ (Dewey 2011, S.5). Fasziniert von den Demokratietheorien der europäischen Aufklärung zeichnete Dewey die Abkehr von traditionellen und religiösen Legitimationsformen politischer Macht hin zu jenen Konzepten des 18. Jahrhunderts nach, in denen Menschen aufgefordert sind, selbst die Grundlagen ihres gesellschaftlichen Miteinanders auszuhandeln. Interessant war für ihn hierbei der schillernde Begriff der Natur, der besonders im Werk von Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) deutlich wird: In Abgrenzung zu den absolutistischen gesellschaftlichen Strukturen, die Rousseau zufolge die Menschen unfrei und unmündig halten, plädierte er für die Rückbesinnung auf die Natur, die die guten natürlichen Anlagen im Menschen wecken und ihn in Einklang mit seinen Mitmenschen und der Welt bringen. Daher schlug Rousseau in seinem Hauptwerk „Emile oder über die Erziehung“ aus dem Jahr 1762 vor, den Zögling Emile fern der Städte auf dem Land zu erziehen (Rousseau 2012). Jedoch erkannte Dewey, dass diese Hinwendung zur Natur und die damit verbundene Hoffnung auf eine lebendige Ursprünglichkeit ein Konzept ist, dass an der Wirklichkeit scheitern

muss. Die ‚Natur‘ als Erkenntnisquelle ist viel zu schillernd und mehrdeutig und als pädagogische Zielvorstellung zu vage. Stattdessen setzte Dewey auf konkrete Institutionen – bei ihm sind dies vor allem die allgemeinbildenden Schulen – in denen eine demokratische Erziehung zentraler Bestandteil jeder demokratischen Gesellschaft sein muss. Dauerhafte Stabilität gewinnen Demokratien nämlich nur durch die pädagogische Vermittlung grundlegender demokratischer Prinzipien und Verfahren an die nachfolgenden Generationen (Dewey 2011). In spätmodernen, ausdifferenzierten Gesellschaften kann diese Forderung nach demokratischer Bildung in Institutionen problemlos auch auf die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit ausgeweitet werden. Dewey lieferte in diesem Sinne starke pädagogische Argumente für eine durch die öffentliche Hand garantierte angemessene Ausstattung der Jugendarbeit.

Was bedeutete aber eine demokratische Pädagogik für Dewey genau? Im Zentrum seines Konzeptes steht die Interaktion von Kindern und Jugendlichen aufgrund des gemeinsamen Interesses an einem Gegenstand oder einem Thema. Demokratie hieß für Dewey, dass Personen miteinander kooperieren, weil das Interesse an der Sache sie verbindet und sie die Erfahrung machen, dass das individuelle Handeln direkte Auswirkungen auf alle Beteiligten hat. Demokratie ist in diesem Sinne „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2011, S. 121). Dewey folgend muss Jugendarbeit Demokratie in der alltäglichen Kommunikation erlebbar machen. Demokratische Werte und Verfahrensweisen zeigen sich in gemeinsamen Bearbeitungen von Konflikten, Diskussionen über lebensweltliche Themen, Gestaltungen von Gruppenräumen, Erfahrungen in Angeboten der Erlebnis- und Abenteuerpädagogik, in gelingenden, anerkennenden Begegnungen. Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind vor diesem Hintergrund aufgefordert, solche Erfahrungen zu ermöglichen und mit Jugendlichen zu besprechen. Im Erleben der wechselseitigen Kooperation und der damit verbundenen Interaktionen wird es für Ju-

gendliche möglich, die Perspektiven und sozialen Rollen anderer zu verstehen und zu ihren eigenen in Beziehung zu setzen.

Die pädagogische Philosophie Deweys beeinflusste im 20. Jahrhundert sowohl die Erziehungs- und Sozialwissenschaften als auch die Psychologie. Besonders differenziert und kreativ wurde sie von dem Entwicklungspsychologen Lawrence Kohlberg (1927-1987) aufgenommen, der das Prinzip der Rollenübernahme für seine moralpsychologischen Untersuchungen nutzte.

Lawrence Kohlberg: Demokratie und Moralentwicklung

Kohlberg interessierte sich nicht nur wie Dewey für die Frage, welche pädagogischen Haltungen und Methoden demokratiefördernd sind, sondern auch, wie sich das Denken über Regeln und Normen gesellschaftlichen Zusammenlebens bei Personen entwickelt. Seine Studien gehören zu den bedeutendsten Beiträgen der psychologischen Moralforschung. Kohlberg orientierte sich in seinen Forschungen an der von Jean Piaget (1896-1980) begründeten ‚strukturgenetischen Entwicklungspsychologie‘, die davon ausgeht, dass sich das Denken und Urteilen von Menschen stufenförmig, von anfangs einfachen Formen, bis hin zu immer komplexeren und differenzierteren Strukturen, entwickelt. Im Unterschied zu Dewey, der, wie gesehen, auf die konkrete lebensweltliche Praxis setzte, verwendete Kohlberg für seine Forschungen eine spezielle Gesprächs- und Interviewmethode, die als ‚Dilemmadiskussion‘ in die Psychologie eingegangen ist. Kohlberg legte Personen unterschiedlichen Alters Geschichten vor, in denen sich Normen konflikthaft gegenüberstehen. Eine bekannte Geschichte ist z. B. die eines Mannes, der überlegt, ein Medikament aus einer Apotheke zu stehlen, um das Leben seiner schwerkranken Frau zu retten, da er das Geld für das Medikament nicht aufbringen kann (Montada 2002).

Aus der Analyse der Argumentationen in den Stellungnahmen zu diesen Dilemmata abstrahierte Kohlberg drei strukturelle Niveaus der Moralentwicklung mit jeweils zwei Stufen:

| | |
|--------------------------|--|
| Präkonventionelle Moral | <ul style="list-style-type: none"> ■ Stufe 1: Belohnung- und Straf-Orientierung ■ Stufe 2: Instrumenteller Zweck und Austausch |
| Konventionelle Moral | <ul style="list-style-type: none"> ■ Stufe 3: Interpersonelles Nahfeld ■ Stufe 4: Gesetze, Systemerhaltung |
| Postkonventionelle Moral | <ul style="list-style-type: none"> ■ Stufe 5: Sozialverträge, Individualrechte |

(Tabelle angelehnt an Eckensberger 1998, S. 496)

Dass die von Dewey fokussierte Fähigkeit zur Rollen- und Perspektivübernahme auch bei Kohlbergs Theorie eine große Rolle spielt, wird bei der Erläuterung der Stufen deutlich: Im präkonventionellen Niveau existiert im Denken der ersten Stufe nur die eigene Perspektive (Stufe 1: ‚Ich tue etwas, wenn es mir nützt, und lasse etwas, das mir schadet.‘). Auf Stufe 2 wird eine Perspektive hinzugenommen und es entsteht ein erster, noch immer an den eigenen Interessen orientierter Austausch (‚Ich tue etwas nur, wenn ich etwas dafür bekomme.‘). Auf konventionellem Niveau werden die Perspektiven von Gruppen hinzugenommen; auf Stufe 3 die des Nahfeldes (‚Ich tue, was den Regeln und Werten meiner Familie/Freunde entspricht.‘), und auf Stufe 4 die der Gesellschaft (‚Ich halte mich an geltende Regeln und Gesetze, weil sie die Basis des gesellschaftlichen Lebens sichern und stabilisieren.‘). Auf dem postkonventionellen Niveau werden schließlich die meisten Perspektiven einbezogen, es geht um umfassende Prinzipien wie die universelle Menschenwürde und die daraus resultierenden Grundrechte, die die gesamte Menschheit einbeziehen (Kohlberg 1996, Montada 2002).

Für eine politische Bildung, die auf gelebte Demokratie zielt, ist es wichtig, Dilemmadiskussionen nicht nur als Instrument für die Bestimmung des moralischen Urteils zu nutzen, sondern auch als pädagogische Methode: Je mehr mit Jugendlichen in gemeinschaftlichen Diskussionen über Dilemmata diskutiert wird und dabei der faire Austausch von Argumenten im Zentrum steht, umso größer ist die Chance, dass Jugendliche ihre bestehenden moralischen Urteile hinterfragen und eine neue Stufe des moralischen Urteils erreichen, in der mehr Perspektiven übernommen und berücksichtigt werden können als auf der vorherigen Stufe. Demokratische Werte und Normen, die sich besonders deutlich auf dem postkonventionellen Moralniveau zeigen, zu vermitteln, bedeutet somit, als pädagogische Methode wiederum das demokratische, lebendige und anerkennende Miteinander mit Jugendlichen zu wählen. Der pädagogische Weg zu Demokratiebewusstsein muss selbst demokratisch sein.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine wechselseitige Bereicherung der Ansätze von Dewey und Kohlberg möglich: Mit Kohlberg kann Dewey dahin gehend ergänzt werden, dass gemeinschaftliche Erlebnisse der Kooperation erst dann zu wirklichen Lernerfahrungen werden, wenn sie miteinander reflektiert werden. Im gelingenden Gespräch kann ein Erlebnis zu einer Erkenntnis werden, die das moralische Denken über das Zusammenleben nachhaltig verändert. Und mit Dewey könnte man Kohlbergs Dilemmamethode mit dem Hinweis korrigieren, dass vor allem solche Geschichten und Dilemmata das Denken anregen, die im realen Lebensvollzug entstehen; moralisch relevante Szenarien müssen nicht erfunden, sondern in der Lebenspraxis gesichtet und gesammelt werden. Demokratiebildung mit Dewey und Kohlberg im Gepäck beinhaltet daher eine besondere pädagogische Theorie-Praxis-Relation, die darin besteht, Kindern und Jugendlichen kooperative Erfahrungen zu ermöglichen und das Erlebte auf die Werte und Normen des menschlichen Zusammenlebens hin zu besprechen und zu diskutieren. Jede gelingende Interaktion in dieser Weise leistet einen Beitrag zur Demokratiebildung.



Fachkräfte und Experten und Expertinnen beim 6. Qualifizierungstreffen in Ensheim im Landkreis Alzey-Worms

Literatur

Dewey, J. (2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Jürgen Oelkers. Weinheim: Beltz, 5. Auflage.

Eckensberger, L. (1998): Die Entwicklung des moralischen Urteils. In: Keller, H.

(Hg.): Lehrbuch Entwicklungspsychologie. Bern: Hans Huber, S. 475-516.

Kohlberg, L. (1996): Die Psychologie der Moralentwicklung. Hrsg. von Wolfgang Althof unter Mitarbeit von Gil Noam und Fritz Oser. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Montada, L. (2002): Moralische Entwicklung und moralische Sozialisation. In: Oerter, R., Montada, L. (Hg.): Entwicklungspsychologie. 5. Auflage. Weinheim, Basel, Berlin: Beltz Verlage, S. 619-647.

Müller, B. (2007): Anerkennung als „Kernkompetenz“ in der Jugendarbeit. In: Hafenegger, B., Henkenborg, P., Scherr, A. (Hg.): Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen, Konzepte, Praxisfelder. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag, S. 236-248.

Rousseau, J.-J. (2012): Emile oder über die Erziehung. Ditzingen: Reclam.

2. DIE EXPERTEN



Experten bei der Auftaktveranstaltung sagen es mit einem Bild

Prof. Dr. Werner Lindner, Projektleitung

Jugendarbeit verleiht eigenständiger Jugendpolitik Flügel?!

Mit dem Abschluss des aktuellen Projekts, das nachfolgend verkürzt „PEP 3“ genannt wird, können alle Beteiligten nunmehr zurückblicken auf einen zehnjährigen Erfahrungszeitraum, in dem Kinder- und Jugendarbeit und Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz zu immer wieder neuen Ufern aufgebrochen sind. Jenseits des detaillierten Blicks auf die einzelnen Projektstandorte und Projektergebnisse von PEP 3 (hierzu nähere Informationen in Berichten aus den beteiligten Kommunen) soll der zur Verfügung stehende Raum auch genutzt werden für konzeptionelle Anmerkungen, die zudem auch die Erfahrungen aus anderen Projekten vergleichbarer Struktur einbeziehen (vgl. (Neu/Steinberg/Lindner 2016, Lindner/Pletzer 2017; Lindner/Neu 2021, Jugend für Europa 2021). Nach Abschluss von mittlerweile sechs Qualifikationsprojekten in West- und Ostdeutschland

sowie auf der EU-Ebene haben sich erstaunlicherweise projektübergreifend gleichlautende Erkenntnisse, aber auch übereinstimmend kritische Punkte offenbart, die im Folgenden kurz skizziert aufbereitet werden.



Prof. Dr. Werner Lindner, „Vater“ diverser PEP-Runden

Jugendarbeit und Jugendpolitik sind nur zu verstehen in ihren politischen Rahmungen. Und hier ist und bleibt Rheinland-Pfalz bundesweit ein jugendpolitischer Sonderfall. Manches von PEP ist anderswo in Teilen diskutiert und bisweilen adaptiert worden, aber nirgendwo in solch stringenten Kontexten wie hier. Entgegen eigener Selbstvermarktungsbehauptungen, denen zufolge die „gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung ein ebenso ambitioniertes wie konsequentes jugendpolitisches Vorhaben dar(stellt)“ (Wiebusch 2019), erweist sich die Eigenständige Jugendpolitik vielmehr als ein Konglomerat miteinander verkoppelter Fragmente im Modus des „Durchwurstelns“ (muddling through). Nach wie vor fehlt eine langfristig und strukturell verankerte Beteiligung junger Menschen und deren ressortübergreifende Mitwirkung kann nur als Fehlanzeige verbucht werden, solange Jugendliche vorwiegend auf die sorgfältig kuratierten Spielwiesen Erwachsener verwiesen werden. Dies führt im Ergebnis dazu, dass manche Länder seit einigen Jahren weitreichende Jugendpolitikansätze verfolgen, während andere Bundesländer davon ausweislich ihrer Koalitionsverträge nichts wissen wollen, weitere Bundesländer ihr bisheriges Tun bequem als Jugendpolitik umdeklarieren und wiederum andere Bundesländer das als Jugendpolitik ausgeben, was sie selbst dafür halten.

Rheinland-Pfalz ist und bleibt die Ausnahme. Im Hinblick auf Jugendarbeit und Jugendpolitik findet sich hier eine Jahre überdauernde wohl einzigartige Verkopplung von Akteuren, Bereitschaften, Energien und Gelegenheiten zur Ausgestaltung von Jugendpolitik unter dem Label ‚JES!‘. Dass diese Entwicklung auch mit wechselnden Akzentuierungen erfolgt ist, kann die bisherige Bilanz nicht schmälern. Ausschlaggebend ist der „politische Wille“, der auch bei widrigen finanziellen Konstellationen immer seine Gestaltungsspielräume gefunden hat.

Jenseits vollmundiger Ansprüche ist (eigenständige) Jugendpolitik nämlich längst noch kein anerkanntes Politikfeld. Aktuell verkleidet und reduziert sich Jugendpolitik vielfach auf Demokratie-

förderung und entfaltet darin neue Widersprüche und Herausforderungen (Lindner 2023a, b). Als Hinweis auf den derzeit wieder einmal prekären Status dieses Politikfeldes mag der Hinweis auf den aktuellen Zwischenruf des Bundesjugendkuratoriums vom 7. September 2023 genügen: „Eine ressortübergreifende kinder- und jugendpolitische Strategie der Bundesregierung ist gegenwärtig nicht zu erkennen.“³

Wenn auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene gilt, dass ein sozialpädagogisches Handeln ohne Blick auf die Politik schlichtweg nicht vorstellbar ist, so nehmen auf der kommunalen und damit konkret-praktischen Ebene die Anlässe für eine gut reflektierte und seröse Lobbyarbeit nicht ab. Und auch hier ist ausdrücklich hinzuzufügen, dass gerade in Rheinland-Pfalz – und wiederum insbesondere in den Projektstandorten – die Bereitschaft von Kommunalpolitiker*Innen, sich für Kinder und Jugendliche einzusetzen und mit ihnen gemeinsam das Aufwachsen zu gestalten, nur als außergewöhnlich bezeichnet werden kann. Das mag einer positiven Verzerrung dergestalt geschuldet sein, dass sich an den PEP-Projekten vorzugsweise solche Kommunen beteiligen, die eine ohnehin schon ausgeprägte Affinität zu Jugendlichen und Jugendpolitik ausweisen – aber als Best Practice-Beispiele können sie allemal genutzt werden.

Immer wieder haben und hatten sich die PEP-Projekte mit widrigen und widersprüchlichen Strukturen und Rahmenbedingungen auseinander zu setzen und diese zugleich produktiv, in kleinen Schritten in gelingende für Kinder und Jugendliche zu transformieren. Als begünstigend kann notiert werden, dass Kinder und Jugendliche weiterhin knapp und daher begehrt bleiben und auch, dass das Thema der „Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft“ immer brennender auf die Tagesord-

³ Bundesjugendkuratorium 2023: <https://bundesjugendkuratorium.de/presse/kinder-und-jugendarmut-angehen!.html>; (10.10.2023)

nung drängt – und dort auch bis auf weiteres auch verbleibt. Dies kann aber nicht den Blick trüben für kritische, allemal auch selbst-kritische Blicke auf die zurückliegende Projekt-Zeit. Denn auch die Armutsquote und die soziale Ungleichheit bei der jüngeren Generation haben sich in den letzten Jahren nicht wirklich verändert. Kinder und Jugendliche sind und bleiben eine Minderheit im demokratischen Gemeinwesen, das seine Entscheidungen aber durch Mehrheiten trifft; diese ändert auch keine Wahlalterabsenkung. Und die Frage, wie ernst es die Politik wirklich mit Beteiligung, Partizipation und Demokratie meint, wenn knappe Ressourcen berührt werden, ist nach wie vor ungewiss. Wenn der Satz zutrifft: „Jugendbeteiligung fängt da an, wo es den Erwachsenen weh tut.“⁴ um den Rechten von Kindern und Jugendlichen Geltung zu verschaffen, dann braucht es – mindestens – auch streitbare, wenn es sein muss, auch unbequeme Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, die immer auch herausgehen aus ihren Komfortzonen in die sogenannten „Kampfbereiche“, dorthin, wo gestritten, gerungen und argumentiert wird und die dieses nicht tun aus Aufruhr, Besserwisserei oder Renitenz, sondern aus sozialpädagogischer Verantwortung.

In den PEP-Projekten haben sich insbesondere drei Vor-Bedingungen für erfolgreiches advokatorisches Handeln in der Kinder- und Jugendarbeit herauskristallisiert, die zwar unbedingt notwendig sind, aber nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden können. Die erste und wichtigste Voraussetzung besteht im klaren Selbstbewusstsein und der zuverlässigen Überzeugung von der Berechtigung und Bedeutung des Arbeitsfeldes Kinder- und Jugendarbeit. Diese mentale Grundbedingung ist deshalb essentiell, weil die sozialpädagogischen Fachkräfte andernfalls die Projekt-Anstrengungen gar nicht erst aufnehmen; verordnet oder herbei befohlen werden können sie kaum. Diese

⁴ <https://www.meinstutensee.de/2022/04/j3.09.2023jugendbeteiligung-faengt-da-an-wo-es-erwachsenen-weh-tut/> (10.10.2023)

Ernsthaftigkeit einer eigenen Haltung ist nicht nur irgendwie wünschenswert, sondern zentral, denn persönliche Glaubwürdigkeit ist ein Garant für erfolgreiches Handeln: Wie sonst wollen Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit andere (PolitikerInnen, EntscheiderInnen) von ihren Anliegen überzeugen, wenn sie nicht einmal selbst davon überzeugt sind?

Die zweite „Barriere“ besteht in der Tatsache, dass ein grundlegendes politisches Bewusstsein und konkretes politisches Handeln in der Kinder- und Jugendarbeit offenbar nicht (mehr) wie z. B. in den 1970er Jahren fraglos verankert sind. Dies ohne revolutionsromantische Verklärungen festzustellen, heißt auch, zu sehen, dass politische Kompetenzen im weitesten Sinne aber auch aktuell kaum zureichend in den Ausbildungsgängen der Sozialen Arbeit verankert sind. Es ist „fremdes“ Wissen, es sind „unbekannte“ Kompetenzen, und diese müssen notgedrungen und mühsam in Zusatz-Qualifikationen vermittelt, angeeignet und eingeübt werden.

Die dritte Herausforderung lag und liegt zuverlässig wiederkehrend in der notorischen Zeitnot der sozialpädagogischen Fachkräfte. Wenn denn die unverkennbare Verwobenheit von Kinder- und Jugendarbeit mit Politik bejaht wird und daraus für die sozialpädagogische Praxis auch greifbare Konsequenzen folgen sollen, dann ist die Umsteuerung von Aufmerksamkeiten und Zeitbudgets unausweichlich. Andernfalls werden die angestrebten bzw. bereits erreichten Lerngewinne in den Mühen des sozialpädagogischen Alltags alsbald wieder verspielt. Dieser stets prekäre Zeitfaktor führt dazu, dass Potenziale unausgeschöpft bleiben, was vielfach in den Analyse-Phasen zu vermerken war: Je sorgfältiger diese Analysen, desto mehr Gestaltungsoptionen eröffnen sie; aber bereits dort wurde vielfach am falschen Ende gespart. Als mögliche „Lösungen“ bzw. denkbare Auswege wäre zum Einen pragmatisch auf die Erfahrungen des Zeit- und Selbst-Managements zurück zu greifen. Zum Anderen aber wäre die permanente Durchführung immer wieder neuer befristeter Projekte (die allesamt ein aufwändiges

Mehr Demokratiearbeit im Sachgebiet

*Wichtigkeit der Politik vermehrt im Augenmerk, Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, auch eigene Fachkräfte müssen immer wieder auf den Aspekt der Beteiligung hingewiesen werden; Verinnerlichung des Gedankens bei mir voran getrieben
Haltungsänderung, Profilschärfung, Sicherheit und Expertise bei der Projektumsetzung, Erfahrungen erleichtern die Weiterarbeit. Haltung für Jugendbeteiligung hat sich geschärft. Wichtig die Jugendlichen im Blick zu haben und gemeinsam mit ihnen zu arbeiten und nicht über sie hinweg. Hierbei sind jedoch die kommunalen Hürden (z.B: Rede- & Stimmrecht JHA), Haltung von seitens Politik (Jugendliche sollen zu uns kommen) sind sehr deutlich geworden Herausforderung wird weiter sein Hürden abzubauen, bestehende Konzepte kritisch zu hinterfragen und bereit sein für Veränderungen einzustehen."*

Drittens:

Wie diese verschiedenen Bausteine von PEP ineinandergreifen, wird nachfolgend exemplarisch aufgezeigt (da bei PEP 3 eine ausführliche Gruppendiskussion zur Evaluation nicht stattfinden konnte, wird auf eine Aussage einer Teilnehmerin aus dem parallelen Thüringer Projekt zurückgegriffen):

„Meine Jugendlichen durften tatsächlich nach hartem Kampf in der AG Geschäftsänderung-, Geschäftsordnung mitarbeiten. Und da hat mir das sehr geholfen, was wir geübt haben; vorher ganz konkret: Was könnten die dagegen haben? Wo muss ich bei jedem einzelnen, ansetzen, dass die das befürworten? Es hat extrem geholfen und es hat tatsächlich geklappt, weil es war kurz vorm Kippen, dass der Jugendliche wieder raus musste und glücklicherweise die Jugendamtsleiterin das mit forciert hat und mit unterstützt hat. (...) Das war richtig gut.“

Dieses Zitat enthält vier wichtige Hinweise auf erfolgreiches sozialpädagogisches Handeln in der kommunalen Jugendpolitik:

1. Die advokatorische Lobbyarbeit ist nicht das einsame Geschäft von Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit für Jugendliche, sondern eine Kooperation mit den Jugendlichen selbst. Idealerweise können Jugendliche hierdurch – Stichwort „politische Bildung“ – erfahren und lernen, wie Kommunalpolitik hautnah funktioniert.
2. Die Teilnehmerin benutzt das Wort „Kampf“, um das Geschehen zu beschreiben und skizziert damit die Anstrengungen, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind.
3. Die sozialpädagogische Fachkraft hat offenbar ein gutes Netzwerk; und Bestandteil dieses Netzwerkes war die Jugendamtsleiterin, die an entscheidender Stelle eingegriffen und unterstützt hat.
4. Ersichtlich wird: Erfolgreiche Lobbyarbeit ist nicht nur Kenntnis und Nutzung der *bestehenden* Regelungen, sondern optimalerweise auch *Veränderung* dieser Regeln.

Dieses Zitat kann als Lehrbeispiel auch für PEP 3 dienen und als Beleg dafür, wie sich kommunale Jugendpolitik in kleinen Schritten an den richtigen Stellen voran arbeitet. Ob und wie es mit den PEP-Projekten weiter geht, ist derzeit offen. Es wird weiter gehen, in welchen Formen und Strukturen auch immer. Die Anlässe, weiter für Kinder und Jugendarbeit, aber auch für Kinder und Jugendliche zu kämpfen, werden angesichts aktueller Krisen und Kürzungsdebatten nicht weniger. Aber ersichtlich ist: lohnen würde es sich allemal.

Literatur

Jugend für Europa (2021): Engaging in Lobbying – Positioning Youth Work. Outcomes and inspiration from the pilot project 'Lobbying for Youth Work' (2019/20). Bonn.

Lindner, W./ Pletzer, W. (2017)(Hrsg.): Kommunale Jugendpolitik. Weinheim u. Basel.

5. Treffen Teilnehmende von JES! mit PEP vor Ort 3

am 6. und 7. Dezember 2022 in Neuwied



Bürgermeister Peter Jung (li) begrüßt Experten und Fachkräfte in Neuwied

Lindner, W./ Neu, R. (2021): Zur Implementation kommunaler Jugendpolitik. Zweiter Aufschlag. In: deutsche jugend, 69. Jg., H.3, S. 116-125.

Lindner, W. (2023a): Kommunale Jugendpolitik: In: Brettschneider, A. u.a. (Hrsg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. (i.E.).

Lindner, W. (2023b): Jugendpolitik und Demokratie(bildung): Zwischen Politik, Praxis und kritischer Reflexivität. In: Bokelmann, O. (Hrsg.): Demokratiepädagogik – Theorie und Praxis der Demokratiebildung in Jugendhilfe und Schule. Wiesbaden (i.E.).

Neu, R./Steinberg, V./Lindner, W. (2016): Learning to fly: Jugendarbeit macht Jugendpolitik. Ausgewählte Evaluationsergebnisse des PEP-Projektes. In: deutsche jugend, H. 7-8, S. 314-324.

Wiebusch, R. (2019): Gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung – ein ambitioniertes und konsequentes Vorhaben der eigenständigen Jugendpolitik. In: <https://jugendhilfeportal.de/arti->

kel/gemeinsame-jugendstrategie-der-bundesregierung-ein-ambitioniertes-und-konsequentes-vorhaben-der-eigenstaendigen-jugendpolitik (Letzter Zugriff: 10.10.2023)

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Der Netzwerkansatz in der Jugendarbeit – mit PEP vor Ort 3

1. Eine pragmatische Netzwerklogik in der Eigenständigen Jugendpolitik

In der dritten Runde des Landesförderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ nutzten die Fachkräfte der Jugendarbeit den Netzwerkansatz, um eine kommunale Jugendstrategie von und für Jugendliche zu implementieren. Im Rahmen praktischer Netzwerkarbeit wurde in den Kommunen eine Jugendpolitik von und mit Jugendlichen umgesetzt. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen haben die Fachkräfte Wege zur Schärfung des Profils der Jugendarbeit kennen gelernt.

Die „Eigenständige Jugendpolitik“ rückt die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren in den Mittelpunkt eines ressortübergreifenden politischen Handelns. Das Konzept repräsentiert eine Querschnittspolitik, die sich über mehrere Politikfelder erstreckt – z. B. von Politikfeldern der Jugend, der Bildung, des Sozialen und der Gesundheit über die Felder Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Inneres und Verbraucherschutz bis hin zu Verkehr, Wohnungsbau und Stadtentwicklung. In der Eigenständigen Jugendpolitik besteht der Anspruch, die Jugendinteressen in den Planungs- und Gestaltungsabläufen aller Ressorts zu verankern. Damit wird das Ziel verfolgt zu überprüfen, welche Auswirkungen die Vorhaben verschiedener Bereiche der Kommunalverwaltung auf junge Menschen haben.

In dieser allgemeinen Form klingen die Ansprüche überzeugend. Allerdings fehlen Konkretisierungen, welche Verfahren und Strukturen dafür gebraucht werden und wie das Querschnittsideal in die Realität übertragen werden kann. Das Umsetzungsdefizit besteht darin, dass in den Kommunen noch nicht die unterstützenden Strukturen geschaffen wurden.

Angesichts der starren Versäulung von kommunalen Verwaltungsstrukturen erscheint die Herausbildung neuer formeller Strukturen für die Stärkung der Eigenständigen Jugendpolitik nicht realistisch. Alternativ sind die Chancen größer einzuschätzen, dass sich weichere Formen des interinstitutionellen Austausches etablieren. Vor diesem Hintergrund wurden die Fachkräfte der öffentlichen Jugendhilfe, der verbandlichen sowie der offenen und mobilen Jugendarbeit aus den beteiligten Modellkreisen und Modellkommunen im Praxisentwicklungsprojekt des rheinland-pfälzischen Landesförderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ mit Methoden der Netzwerkanalyse vertraut gemacht. Sie wurden befähigt, vor Ort konkrete Ansätze und Strategien zu entwickeln, die den örtlichen Gegebenheiten entsprechen und informelle, aber auch formelle Wege zu einer Eigenständigen Jugendpolitik beziehungsorientiert „austrampeln“ – im Sinne ressort- und institutionenübergreifender „Trampelpfade“.

2. Netzwerkarbeit als Haltung

Eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Netzwerkarbeit in der Eigenständigen Jugendpolitik ist ein angemessenes Menschenbild. Das Netzwerkformat passt weder mit der alten Vorstellung des „Homo Ordinatus“ zusammen noch mit dem moderneren Modell des „Homo Oeconomicus“. Der „Homo Ordinatus“ denkt vor allem hierarchisch in einer Ordnung von oben und unten, betrachtet alle Menschen nur nach ihren Rangpositionen, und der „Homo Oeconomicus“ ist auf das konkurrenzhaft autonome Einzelhandeln fokussiert. Das Gegenmodell der Netzwerklogik stellt der „Homo Dictyos“ dar – d. h. die Leitvorstellung eines Netzwerkmenschen, nach der sich die Akteure auf Augenhöhe begegnen, statt eine Hierarchie oder die individuelle Unabhängigkeit hervorzukehren. Das ist oftmals nicht ganz einfach, weil Jugendarbeit und Jugendpolitik im Allgemeinen in hierarchische Organisationen eingeschlossen sind. Erst langsam setzt sich in solchen Organisationen und Behörden das neue Steuerungsverständnis



Prof. Dr. Dr. Schubert stellt „seine“ Netzwerkstrategie vor

der New Public Governance durch, in dem anerkannt wird, dass die lokalen Akteure im Hinblick auf den Erfolg voneinander abhängig sind (Interdependenz) und sich in der heterarchischen Vernetzung gegenseitig positiv beeinflussen können.

3. Netzwerkstrategie der Eigenständigen Jugendpolitik

In der Strategie des übergreifenden Politikansatzes der Eigenständigen Jugendpolitik werden die Interessen junger Menschen in den Mittelpunkt eines ressortübergreifenden politischen Handelns gestellt. Dafür muss als erstes ein Zugang in die Netzwerke der jungen Generation im Alter zwischen 12 und 27 Jahren eröffnet werden. Als zweites bedarf es einer kontinuierlichen Beziehungspflege mit Schlüsselpersonen aus den verschiedenen Fachressorts, die jugendpolitische Themen tangieren – wie z. B. Schule, Kultur, Sport, Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und viele weitere Funktionsbereiche.

Diese breit aufgefücherte Vernetzung kann nicht von einer Fachkraft der öffentlichen Jugendhilfe

allein geleistet werden. Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Eigenständigen Jugendpolitik besteht daher im Zugang zu Verbündeten – einerseits aus der verbandlichen, der offenen und mobilen Jugendarbeit und andererseits in der kommunalen Verwaltung. In einer „Vermittlungs“-Rolle können diese Kontakte über ihre Beziehungspfade wiederum Zugänge zu den Entscheiderinnen und Entscheidern in den verschiedenen Feldern und Institutionen eröffnen. Als weitere Grundvoraussetzung ist es bedeutsam, dass junge Menschen in diese ressortübergreifende Vernetzung und die damit verbundenen Planungs- und Entscheidungsprozesse partizipativ eingebunden werden.

Das lokale Netzwerk, das aus der Strategie resultiert, bildet keinen stabilen Zusammenhang bzw. keine dauerhafte Struktur wie die formalen, hierarchisch organisierten Institutionen. So betrachtet gibt es nicht das „eine“ Netzwerk, das in allen jugendpolitischen Bedarfsfällen aktiviert wird. Die Pfade zu lokalen Akteuren werden im Netzwerk der Eigenständigen Jugendpolitik zielabhängig aufgesucht. Wenn beispielsweise eine Jugendkonferenz zur Beteiligung junger Menschen an der

Zukunftsplanung das Ziel darstellt, sind andere Akteure zu beteiligen als bei dem Ziel, sich zur Berücksichtigung der Interessen junger Menschen in die Neugestaltung einer Freifläche durch die Fachbereiche für Grünflächen und Stadtplanung einzumischen.

4. Methodische Bausteine für die Netzwerkarbeit in der Eigenständigen Jugendpolitik

Damit ein Ziel über eine gezielte Netzwerkverflechtung schneller und wirkungsvoller erreicht werden kann, wurden geeignete Methodenbausteine vermittelt und von den beteiligten Fach- und Führungskräften in den Modellkreisen bzw. Modellkommunen praktisch erprobt. Es handelt sich um zwei Aufgaben, die im Hintergrund durchzuführen sind:

- die Stakeholderanalyse,
- die Erhebung und Visualisierung der Netzwerkpfade zu relevanten Schlüsselakteuren.

4.1 Stakeholderanalyse

Unter Stakeholdern werden im Allgemeinen die Interessengruppen in der Kommune verstanden, die Ansprüche stellen und die Teilhabe an sie betreffenden Themen verlangen. Interorganisational stellen Organisationen und Institutionen der Felder, kommunale Stellen, lokale Dienste und Einrichtungen, einschlägige Vereine usw. Ansprüche an die Kooperation. Aus der Zivilgesellschaft sind die Erwartungen von Bewohnerinnen und Bewohner nach Lebenslagen – darunter junge Menschen, Mieter, Nachbarn usw. Ansprüche, aber auch von Vermietern, Ladeninhabern und Gewerbetreibenden, Verkehrsunternehmen, Verkehrsteilnehmenden, Religionsgemeinschaften, Vereinen usw. zu berücksichtigen. Je nach dem Fokus eines gewählten Projektziels sind zuerst die thematisch verbundene Stakeholdergruppierung zu definieren und anschließend deren Schlüsselpersonen zu identifizieren.

Bei Projekten der Eigenständigen Jugendpolitik ist insbesondere zu differenzieren zwischen den Ansprüchen von:

- engagierten jungen Menschen aus der (zivil-) gesellschaftlichen Umwelt von Kirchengemeinden, Vereinen, (Jugend-) Verbandsarbeit, Feuerwehr, Schulen und Wohnquartieren,
- Akteuren der politischen Umwelt von Parteien und demokratisch gewählten Gremien,
- Fach- und Leitungskräften aus einschlägigen Ressorts der Kommunalverwaltung und
- Akteuren der lokalen Ökonomie, die von Vorhaben der Eigenständigen Jugendpolitik tangiert sind.

Der potenzielle Unterstützerkreis oder notwendige Kooperationskreis wird zielbezogen im Rahmen der Stakeholderanalyse identifiziert und hinsichtlich des Unterstützungspotenzials mit den folgenden Fragen bewertet:

- Welche Interessen sind in diesem Stakeholderzusammenhang handlungsleitend?
- Wie stark ist der Einfluss von Schlüsselpersonen der Stakeholdergruppe auf den Erfolg des definierten Projektziels?
- Wie haben sie sich bisher zu Fragen der Jugendpolitik verhalten – unterstützend, neutral oder ablehnend?
- Bei welchen Themen/Aspekten gibt es gemeinsame Interessen und mögliche inhaltliche Kopplungsmöglichkeiten?
- Wer hat Zugang zu ihnen und kann sie für das definierte Projektziel gewinnen?

Die gewonnenen Erkenntnisse werden in eine Excel-Tabelle eingetragen, die im Sinn einer Geschäftsstatistik kontinuierlich fortgeschrieben wird. In einer Spalte der Tabelle wird festgehalten,

ob man selbst über einen Zugang zu dem jeweiligen Stakeholder verfügt oder über andere als Vermittlungsperson(en) eine Verbindung besteht. Eingeschätzt wird in einer weiteren Tabellenspalte das Kooperationspotenzial (d. h. die vermutete Unterstützung bei Zielerreichung) oder eine mögliche kompetitive Bedrohung (d. h. die vermutete Verhinderung der Zielerreichung).

Im Praxisentwicklungsprojekt des rheinland-pfälzischen Landesförderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ wurden den Fach- und Führungskräften zwei Orientierungsfragen für die Ableitung des weiteren Handelns aus der Stakeholderanalyse an die Hand gegeben:

- Wen brauchen wir zur Unterstützung, damit ein konkretes Projektziel der Eigenständigen Jugendpolitik erfolgreich erreicht werden kann?
- Über wen finden wir Zugänge zu diesen Akteuren? Wer kann uns bei der Aktivierung dieser Akteure unterstützen?

4.2 Erhebung und Visualisierung der Netzwerkpfade mit der Freeware VennMaker

Nach dem Vorliegen aller Informationen aus der Analyse der Stakeholdertabelle wird eine Übersicht erstellt, wie sich die Netzwerksituation darstellt. Nach den Erfahrungen aus dem Sport (z.B. im Fußball) wird empfohlen, die identifizierten Schlüsselpersonen und die Beziehungspfade zu ihnen zu visualisieren. Auf dieser Grundlage können die Pfade zu und zwischen Akteuren betrachtet und hinsichtlich ihres Nutzens für die Zielerreichung reflektiert werden. An einer Pinnwand lässt sich die Methode einfach umsetzen, indem die Namen der Akteure auf Moderationskarten geschrieben und angepinnt werden. Im reflexiven Austausch darüber können die Karten verschoben, neue Vermittlungsakteure dazwischengeschoben und eine plausible Strategie vereinbart werden. Anhand dieser Karte lässt sich das weitere Vorgehen ableiten, damit die Netzwerkpfade aktiviert und die definierten Projektziele der Eigenständigen Jugendpolitik erreicht werden können.

Alternativ kann dieses Vorgehen am Computer erfolgen. Für die Visualisierung wurde die Verwendung der Freeware „VennMaker“ empfohlen (Internetseite: <https://www.vennmaker.com/> – Download der Version „VennMaker_2_0_3“ [VennMaker™: © Schönhuth, Gamper, Stark & Kronenwett]). Mit der Menüauswahl „Freies Netzwerkzeichnen“ lässt sich eine digitale Netzwerkkarte entwerfen und in weiteren Schritten fortschreiben.

5. Erfolgreiche Umsetzung in den Modellregionen und Modellkommunen

Der Netzwerkansatz wurde in den Modellprojekten erfolgreich zur Anwendung gebracht. Im Landkreis Alzey-Worms gelang der Transfer von Projekten des Jugendforums von der Kreisebene in die Verbandsgemeinden – exemplarisch veranschaulicht an der VG Wörrstadt. Ebenso lotsten die Verantwortlichen im Landkreis Kaiserslautern die Initiative „Landkreis ohne Rassismus“ über Be-



Prof. Dr. Dr. Schubert bei der Abschlusstagung



Abbildung 1

ziehungspfade von der Landkreisebene in die Verbandsgemeinden – exemplarisch veranschaulicht an der VG Weilerbach. In der Stadt Frankenthal stand die Einbettung des Dialogprozesses mit jungen Skatern und Mountainbikern in eine unterstützende Netzwerkfiguration im Blickpunkt. Dies kann eine Grundlage für ein Trainingsareal schaffen. Auch in diesem Fall war die Netzwerkperspektive hilfreich. Und in der Stadt Neuwied zielte das Projekt auf die Stärkung der Jugendlichen in einem Sozialraum des Stadtteils Heddesdorf. In den beiden Städten wurden mikrosoziale Netzwerkstrategien verfolgt: Statt eine Vielzahl von Akteuren einzubeziehen, wurden dialogische Gesprächsrunden mit den Jugendlichen gesucht, an denen neben einer Fachkraft auch Führungskräfte wie der Bürgermeister oder die Dezernatsleitung lösungsorientiert mitwirkten.

Die verantwortlichen Fach- und Führungskräfte gingen mit dem Netzwerkansatz in den Modellregionen und Modellstädten insgesamt pragmatisch um. Nachdem sie die Projektziele festgelegt hat-

ten, holten sie sich einerseits Unterstützung aus dem bestehenden Netzwerk, das sie in den vergangenen Jahren im Rahmen der alltäglichen Praxis geknüpft hatten. Auf der Grundlage der Stakeholderanalyse ermittelten sie andererseits aber auch Schlüsselpersonen, die noch nicht zu ihrem Beziehungskreis gehörten, zur Erreichung des formulierten Zieles aber gebraucht wurden (vgl. Abbildung 1).

In der Evaluation wurde die Frage gestellt, wie viele Personen im Rahmen der Stakeholderanalyse zusätzlich identifiziert werden konnten, die vorher noch nicht mit dem Projekt verbunden waren. Etwas weniger als die Hälfte (44 Prozent) gaben an, bis zu 5 Personen neu in den Blick genommen zu haben, ebenfalls 44 Prozent sogar über 10 Personen. Um die Projektziele zu erreichen, haben über drei Viertel der Fach- und Führungskräfte in den Modellregionen bzw. Modellkommunen mehr als 30 Personen aktiviert. In die Netzwerkstrategie haben 44 Prozent bis zu 5 Personen als aktive Mitgestaltende einbinden können, ein Drittel 6 bis 10 Personen und fast ein Viertel sogar mehr als 10 Personen. Insgesamt wurde festgestellt, dass die über den Netzwerkansatz zusätzlich gewonnenen Akteure für den Erfolg des Projektes wichtig waren.

In der Praxis der Landkreise spielte das Kaskadenmodell eine wichtige Rolle. In einem Fall wurde als Alternative zum ursprünglich verfolgten Netzwerkansatz das Umleitungsmodell reflektiert.

Beim Kaskadenmodell erfolgte der fachliche Impuls und die Zielsetzung auf der Ebene der Jugendarbeit auf der Landkreisebene oder auf der zentralen Stadtebene. Die Netzwerkstrategie wurde darauf ausgerichtet, Vermittlungspersonen zu gewinnen, die auf der nachfolgenden Kaskade der Verbandsgemeinde oder Sozialraumebene Impulse geben und die lokalen Beziehungscluster ge-

Kaskadenmodell

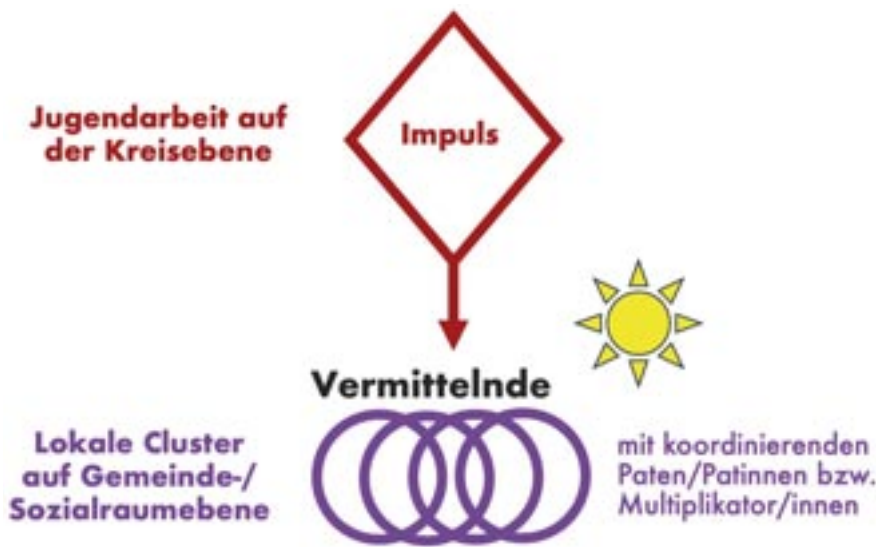
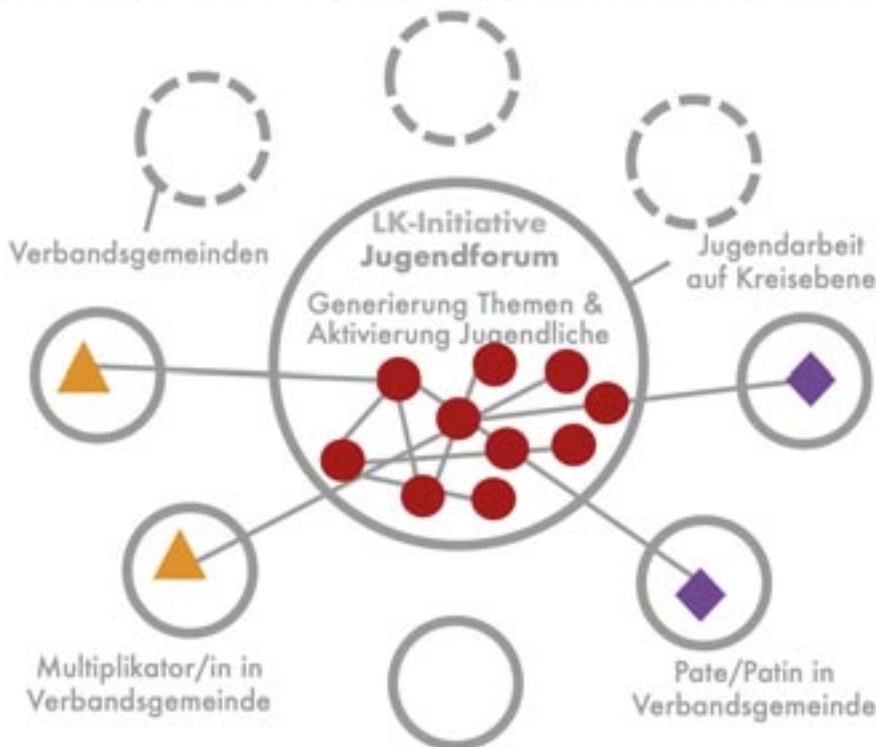


Abbildung 2

Netzwerk über Landkreis und Verbandsgemeinden



Ko-Koordination des Prozesses auf LK- und Gemeindeebene

Abbildung 3

stalten (vgl. Abbildung 2). Im Landkreis Kaiserslautern wurden Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit, aus den Sozialraumteams, aber auch aus der Kommunalpolitik geschult. Sie übernahmen anschließend als Multiplikatorin oder als Multiplikator die weiteren Netzwerkaufgaben vor Ort. Nur 30 Prozent der auf der Basis der Stakeholderanalyse ausgewählten Akteure wurden im Landkreis Kaiserslautern nicht erreicht und konnten deshalb nicht aktiviert werden.

Ein ähnlicher Ablauf zeigte sich im Kreis Alzey-Worms. Im Rahmen eines Jugendforums, das auf der Landkreisebene angestoßen worden war, wurden neun Projekte als thematischer Zielhorizont im Austausch mit den Jugendlichen generiert (vgl. Abbildung 3). Als Patinnen und Paten wurden für die Umsetzung in den Verbandsgemeinden Fachkräfte der Jugendarbeit und aus der örtlichen Kommunalpolitik gewonnen – auch engagierte Jugendliche übernahmen vor Ort eine Multiplikationsfunktion. Es entwickelte sich eine Ko-Koordination, weil das Vorhaben einerseits zentral auf der Kreisebene, andererseits aber auch im Rahmen der Patenschaft bzw. Multiplikationsaufgabe dezentral in den Verbandsgemeinden organisiert und koordiniert wurde. Die „Paten“ begleiteten und unterstützten – quasi als Ressourcen – in neun Netzwerkclustern die Jugendlichen bei der Realisierung der Projektideen.

Einen Sonderfall stellt das Umleitungsmodell dar, das auch als Bypass-Modell bezeichnet werden könnte (vgl. Abbildung 4). Denn es gibt – wie beim Bypass – ein Hindernis, das durch die Wahl eines anderen Netzwerkpades überbrückt wird. Über eine alternative Verbindung kann die Engstelle umgangen werden. Wenn der jugendpolitische Im-

puls und die damit verbundene Zielsetzung innerhalb der Kommunalverwaltung konfliktbeladen ist und blockiert wird, gibt es immer alternative Wege, das Thema in die Kommunalpolitik – d. h. in den Jugendhilfeausschuss und weitergehend in den Gemeinderat als Beschlussdrucksache – einzubringen. Auch dieses Verständnis, dass es immer mehrere Pfade gibt, um in einem Netzwerk voranzukommen, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den beteiligten Modellkreisen und Modellkommunen im Praxisentwicklungsprojekt des rheinland-pfälzischen Landesförderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ gelernt.

6. Schlussbemerkung

Rund 80 Prozent der Projektbeteiligten in den Modellkreisen bzw. Modellkommunen gaben an, dass sie keine Schwierigkeiten hatten, den Netzwerkansatz nachzuvollziehen und anschließend in die Netzwerkpraxis zu übertragen. Insgesamt leistete die Netzwerkperspektive zur Erreichung der Projektziele in den meisten Fällen einen bedeutsamen Beitrag. Rund drei Viertel halten es deshalb für wahrscheinlich, dass sie in ihrer zukünftigen Arbeit weiterhin mit der Stakeholderanalyse und dem Netzwerkansatz arbeiten werden.

Als Erfolgsfaktoren wurden abschließend festgehalten:

- Der unkomplizierte Zugang auf Augenhöhe zu den Führungskräften in der Kommunalverwaltung und deren tatkräftige Unterstützung bei der Erschließung von Netzwerkpfeilen.
- Die Fach- und Führungskräfte verfügen bereits über eine gute Vernetzung, die in früherer Pra-

Umleitungsmodell (Bypass)



Abbildung 4

xis verlässlich aufgebaut wurde und auf die als Sozialkapital zurückgegriffen werden kann.

- Die Akteure in der Jugendarbeit haben einen „Blick über den Tellerrand“, d. h. überblicken die lokale bzw. regionale Akteursstruktur und ihre interne Kohäsion, aber auch Dissonanzen zwischen Akteuren.

Als Hemmnis nahmen die beteiligten Fach- und Führungskräfte den (relativ) hohen Zeitaufwand für die Stakeholderanalyse wahr. Behindernd wirkt auch, wenn die Unterstützung aus der kommunalen Hierarchie und Ratspolitik fehlt. In solchen Fällen bleibt nur das Umleitungsmodell über Kräfte der Zivilgesellschaft. Wenn eine Fachkraft neu am Ort ist, verfügt sie meistens noch nicht



Auftaktveranstaltung zu Pandemiezeiten

über viele Netzwerkbeziehungen (Sozialkapital) – auch das stellt einen beeinträchtigenden Faktor dar. Umgekehrt neigen Fachkräfte, die schon sehr lange an einem Ort sind, zu einer Haltung, dass sie die Netzwerkperspektive nicht brauchen, weil sie vermeintlich einen Zugang zu allen Akteuren haben.

Referenzliteratur

Christakis, N. A.; Fowler, J. H. (2010). Connected! Die Macht sozialer Netzwerke und warum Glück ansteckend ist. Frankfurt am Main: Fischer.

Kronenwett, M. und Schönhuth, M. (2014). Venn-Maker 1.4 – Anwenderhandbuch. Trier: Selbstverlag.

Schubert, H. (2018a). Netzwerkorientierung in Kommune und Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Schubert, H. (2018b). Netzwerkmanagement in Kommune und Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Prof. Dr. Stephan Grohs

Erfahrungen aus „JES! mit PEP vor Ort 3“ – Die kommunalwissenschaftliche Perspektive

1. Einleitung: Ziele der kommunalwissenschaftlichen Begleitung

Eigenständige Jugendpolitik vor Ort benötigt eine kommunalpolitische Verankerung und institutionelle Ressourcen. Die kommunalen Rahmenbedingungen erschweren häufig die Etablierung fester Beteiligungsstrukturen und politikfeldübergreifenden Handelns. Für anspruchsvolle Projekte fehlen häufig die Mittel und den Akteuren vor Ort fehlt oftmals ein Verständnis für den Ansatz. Um Jugendpolitik als Querschnittspolitik zu verankern, fehlen den traditionellen jugendpolitischen Akteuren häufig Netzwerke, Einfluss und Handlungsressourcen über ihren genuinen Wirkungskreis hinaus. Auf der anderen Seite fehlen auch Jugendlichen die Motivation und Anreize sich jugendpolitisch einzubringen. Schlechtgemachte und folgenlose Partizipationsprojekte können die vorhandene Motivation zudem schnell untergraben.

Das Ziel der kommunalwissenschaftlichen Begleitung des PEP-Projekts war es, die Beteiligten der vier Kommunen fit fürs kommunalpolitische Geschäft zu machen und sie mit dem Handwerkszeug zu versehen, die Projekte Eigenständiger Jugendpolitik erfolgreich in ihren Kommunen zu verankern und zu verstetigen. Eigenständige Jugendpolitik ist nicht ohne Berücksichtigung der rechtlichen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen der kommunalen Ebene machbar. Es ging also vor allem darum, kommunale Handlungsbarrieren zu verstehen und zu lernen, wie diese überwunden werden können. Zunächst sollten wesentliche Rahmenbedingungen wie Grundsätze der Kommunalverfassung, Haushaltsfragen und eine Einführung in wesentliche Probleme der Verwaltungsorganisation eingeführt werden. Darauf aufbauend sollten strategische Kompetenzen im Umgang mit kommunalpolitischen Akteuren und der Vermittlung jugendpolitischer Anliegen vermittelt werden. Dies erfordert einen Rollenwech-

sel der Fachkräfte zwischen administrativer, advokatorischer, pädagogischer und professionspolitischer Orientierung. Ein wesentliches Instrument hierfür war der Versuch, einen Perspektivwechsel vorzunehmen: Wie ticken Kommunalpolitiker:innen und die Verwaltungsführung? Das Ziel war hier, typische Argumente und tatsächliche und angebliche Handlungszwänge verstehen und antizipieren zu lernen, um letztendlich jugendpolitische Belange und die Interessen der Jugendlichen besser vertreten zu können.

„JES! mit PEP vor Ort 3“ war im Gegensatz zu den Vorläuferstaffeln geprägt durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie, was zu einer Verschiebung der Schwerpunkte führte. Waren die Vorgängerprojekte durch einen Fokus auf die Kommunalfinanzen und der Mobilisierung von Ressourcen geprägt, standen in PEP 3 die Fragen der Erreichbarkeit von Jugendlichen, Möglichkeiten der Partizipation und die Einbindung von Verwaltung und Kommunalpolitik in konkrete Projekte im Mittelpunkt.

Gerade nach der Pandemie war die Vermittlung des Stellenwertes von Jugendpolitik und Jugendbeteiligung und die Entwicklung entsprechender Argumente ein wichtiges Thema (2). Die Frage der Gewinnung und Bindung von Jugendlichen für Jugendpolitik war ein weiteres Problemfeld, das durch die Pandemieerfahrungen verstärkt wurde und intensiv diskutiert wurde (3). Durch die Teilnahme von zwei Landkreisen wurde deutlich, dass zum einen die Problemlagen der beiden Landkreise und ihrer Projekte sich deutlich von denen der Städte Neuwied und Frankental unterscheiden. In den Landkreisen ging es vor allem auch darum, die Zusammenarbeit zwischen Kreis, Verbands- und Ortsgemeindeebene zu koordinieren (4). Zum Abschluss dieses Beitrages werden die Chancen und Herausforderungen von PEP vor Ort 3 aus kommunalwissenschaftlicher Perspektive skizziert. Hier werden insbesondere Verstetigungsperspektiven thematisiert: Die Verankerung kommunaler Jugendpolitik erfordert einerseits Ressourcen, andererseits die Etablierung entsprechender Netzwerke und Kontakte in Politik und Verwaltung (5).



Prof. Dr. Grohs beim Abschlussvortrag

2. Argumente gegen Legitimitätskrise und Sparzwang: Vermittlung des Stellenwertes von Jugendpolitik und Jugendbeteiligung nach der Pandemie

Während der Pandemie musste über längere Phasen die offene Jugendarbeit und Jugendpolitik ohne direkten physischen Kontakt zu den Jugendlichen erfolgen. Dies brachte zwar eine stärkere Nutzung digitaler Formate, vor allem brachen Kontakte zu nur locker engagierten Jugendlichen ab und ganze Jahrgänge verpassten den „Einstieg“. Viele Jugendlichen reagierten mit einem Rückzug ins Private und Digitale. Diese Jugendlichen „nachträglich“ für eine Mitarbeit zu gewinnen wird als zentrale Herausforderung diskutiert.

Die „Systemrelevanz“ von Jugendarbeit und -politik und die mittel- und langfristigen Folgen für

Kommunal Finanzen, aber auch die Entwicklung neuer insbesondere digitaler Beteiligungsformate stand im Mittelpunkt vieler Diskussionen.

Grundsätzlich zeigt sich bei den Projekten in PEP 3 eine insgesamt erfreulich gute Unterstützung durch Vorgesetzte, Politik und Verwaltung, was sich auch in der Präsenz von Verwaltungsspitzen bei vielen Veranstaltungen im Rahmen von PEP 3 zeigte. Im Gegensatz zu den Vorgängerstaffeln zeigte sich eine positive Rolle der Steuerungsgruppen, die Türen öffneten und eine Rückkopplung an die Kommunalpolitik gewährleisten. Für die Projekte war also nicht die abstrakte Unterstützung das Problem, aber unterschiedliche Motivation, Priorisierung und wahlkampfbedingte Unsicherheitsperioden unter allen Beteiligten.

Eigentlich ein Bereich, gegen den man nichts haben kann, wird Jugendarbeit und -politik häufig einseitig als erweitertes Freizeitangebot gesehen, dessen Nutzen jedoch unklar oder gar umstritten ist. Insofern wird ihr kommunalpolitischer Stellenwert häufig eher als „nettes Beiwerk“ gesehen, das in Zeiten knapper Kassen eher zur Disposition gestellt werden kann als andere Bereiche mit stärkerer öffentlicher Aufmerksamkeit.

Vielfach wurde Zeit als die kritische Ressource benannt und praktische Impulse zum Zeitmanagement gewünscht. Durch die Hintertür kommt wieder das Ressourcenproblem zum Tragen, welches von den Fachkräften allerdings häufig unter dem Gesichtspunkt des eigenen individuellen Workloads begriffen wird. Diese Problematik als strukturelles und nicht individuelles Problem wahrzunehmen und zu thematisieren war eine wichtige Aufgabe.

Jugendpolitik und Jugendarbeit werden kommunalpolitisch häufig erst dann thematisiert, wenn es Konflikte um die konkurrierende Nutzung von Raum oder konkrete Anlässe wie Lärm, Jugendkriminalität und Drogenproblematik gibt. Beispielsweise seien hier die Debatten um den Skaterpark in Frankenthal genannt, wo ebenfalls Anwohnerklagen Anlass für Beteiligungsprozesse waren. In der

konkreten Projektarbeit stellte sich daher besonders die Frage, wie Kommunalpolitik und -verwaltung vom Stellenwert der Jugendpolitik überzeugt werden können und welche Netzwerkakteure sich für dieses Anliegen mobilisieren lassen. Wie an anderer Stelle weiter ausgeführt, machte es Sinn, einen Perspektivwechsel einzunehmen und an den Interessenlagen der kommunalpolitischen Akteure anzusetzen.

Diesen, von einigen Teilnehmenden als zynisch erscheinenden Schritt zu gehen, fiel vielen schwer. Sie gingen davon aus, dass die Bedeutung von Jugendpolitik selbstevident sei oder viele von Kommunalpolitiker*innen gern gehörte Argumente (z. B. „Prävention“ oder „Investition“) eigentlich dem professionellen Selbstverständnis widersprächen.

Folgende Argumente, die auch Nichtfachleute überzeugen und über die Jugendarbeit hinausreichen, können herausgestellt werden:

Bindung von Jugendlichen: Angesichts des demographischen Wandels müssen Jugendliche an ein Gemeinwesen gebunden werden. Beteiligung schafft Bindung. Einige Regionen von Rheinland-Pfalz schrumpfen und insbesondere der ländliche Raum hat Schwierigkeiten junge Erwachsene zu halten. Erfolgreiche Beteiligung im Jugendalter schafft Bindungen und Sozialkapital.

Jugendpolitik als Zukunftsinvestition: Jugendpolitik fördert die Entwicklung, die Verwirklichungschancen von Jugendlichen und verhindert so Folgekosten.

Jugendpolitik als Schule der Demokratie: Kommunalpolitik leidet unter einem großen Nachwuchsmangel; insofern muss Kommunalpolitiker*innen auch vermittelt werden, dass Jugendbeteiligung und -politik auch eine wichtige Sozialisationsinstanz sein kann, um künftigen Nachwuchs für die eigenen politischen Organisationen zu gewinnen.

Jugendliche als wesentlich Leidtragende der Pandemie: Kinder und Jugendliche werden häufig als die eigentlichen Verlierer der Pandemie bezeichnet,

da sie in einer prägenden Lebensphase durch Schul- und Einrichtungsschließungen besonders am Verlust von Kontakten litten und sich soziale Ungleichheiten verstärkten.

Die Probleme einer Verteidigung von Jugendarbeit und Jugendpolitik zeigen sich u. a. in den Schwierigkeiten, konkrete Wirkungen nachzuweisen und so Kommunalpolitiker*innen einen konkreten Nutzen zu vermitteln. Daher sind Dokumentation und Evaluation wichtig, auch wenn sie von vielen als Ablenkung von der eigentlichen personenbezogenen Arbeit betrachtet werden.

PEP 3 zeigt, dass es möglich ist, die Politik von der Bedeutung der Belange Jugendlicher zu überzeugen und dafür zu sorgen, dass die Politik die Jugendlichen (wieder) ernst nimmt. Als Herausforderung zeigte sich hier die Politik zu verbindlichen Zusagen zu zwingen. Hier erwiesen sich Testimonials und Ähnliches auf Veranstaltungen als wichtiges Instrument, um die Kommunalpolitik quasi zu „verhaften“. Kommunalpolitiker schätzen Profilierungsmöglichkeiten, die sich bei solchen Gelegenheiten ergeben.

3. Jugendliche für Beteiligung gewinnen: Beteiligungsformate verstetigen und Beteiligungsfrust vermeiden

Alle PEP-Projekte haben sich Beteiligung von Jugendlichen auf die Fahne geschrieben. Dabei schälten sich drei Problemlagen heraus.

1. Wollen Jugendliche überhaupt beteiligt werden und wenn ja, wie?
2. Wie können Beteiligungsergebnisse verwirklicht und damit „Beteiligungsfrust“ verhindert werden, der entsteht, wenn Jugendliche Zeit und Energie in eine Beteiligung stecken und anschließend die Ideen dann doch nicht verwirklicht werden? Und schließlich:
3. Wie kann (positive) Beteiligungserfahrung in eine Verstetigung (kommunal)politischen Engagements gelenkt werden?

Die erste Frage setzt an den Motivationslagen Jugendlicher an: Beteiligung kann nicht erzwungen werden, sondern muss von den konkreten Beteiligungsbedürfnissen der Jugendlichen ausgehen. Die Partizipationsforschung zeigt, dass sich Jugendliche durchaus beteiligen wollen, sie aber durch traditionelle Beteiligungsformate, wie die dauerhafte Mitarbeit in Parteien und Vereinen, eher abgeschreckt werden. Außerdem steht Beteiligung stärker in Konkurrenz mit anderen Dingen (Schule, kommerziellen Freizeitangeboten etc.) Zeitgemäße Beteiligungsformate müssen mit dieser volatilen Engagementbereitschaft rechnen und Wege finden, die Jugendlichen zunächst einmal punktuell zu mobilisieren. In der postpandemischen Situation von PEP 3 ging es auch darum, Jugendliche wieder in direkte Interaktion zu bringen und Kontakthemmnungen abzubauen. Hier zeigte sich in den Projekten die Bedeutung jugendgerechter Ansprache hinsichtlich der Themen (Relevanz und Attraktivität), Sprache und zielgruppenorientierter Medienwahl.

Die zweite Frage setzt eher an der Motivationslage von Kommunalpolitik und -verwaltung an. Wann wird Jugendbeteiligung ernst genommen und dadurch angestoßene Projekte umgesetzt? Wichtig ist es, so zeigten die Erfahrungen, auch die Interessen von Politik und Verwaltung zu berücksichtigen. Also wieder ein Perspektivenwechsel. Hier sind einerseits Motive der Unterstützung von Beteiligungsformaten zu nennen: Kommunalpolitik und -verwaltung profitieren vom Wissen der Jugendlichen als Experten ihrer eigenen Lebenslage und können so auch wohlmeinende Fehlinvestitionen verhindern helfen, zudem erhöhen sie deren Bindung an das Gemeinwesen (was gerade in ländlich geprägten Regionen von Bedeutung ist). Sie erlauben aber auch ganz persönliche Interessen zu verfolgen, wie die Profilierung als „moderner“ und „bürgernaher“ Akteur. Auf der anderen Seite sind auch die Bedenken der Politik zu respektieren: Sie sind als gewählte Vertretung der Bürgerschaft legitimiert die letztlichen Entscheidungen zu treffen (Primat repräsentativer Politik). Sie haben die Haushaltslage im Auge zu behalten und weisen oft zu Recht auf die soziale

Selektivität und den hohen Aufwand von Beteiligungsverfahren hin. Beteiligung kostet Zeit und Geld: Eine realistische Ressourcenplanung ist wichtig. Soziale Selektivitäten müssen offen ausgesprochen und angegangen werden. Was bedeutet es für die Ergebnisse, wenn sich vornehmlich Gymnasiast*innen an Veranstaltungen beteiligen? Eine frühe Kooperation mit der Politik ist daher wichtig, um diese Bedenken zu zerstreuen. Zu den damit zusammenhängenden Problemen wurde weiter oben schon einiges gesagt.

Die dritte Frage ist die schwierigste. Eine Verstärkung von Engagement und die Stärkung demokratischer Kompetenzen als Teilziele sind voraussetzungsreich: Es gilt Frustration zu vermeiden, aber mit Widerspruch umgehen zu lernen. Ein wichtiger Aspekt der Begleitung von Jugendpolitik ist es zu erklären, warum Partizipation nicht (immer) zum Ziel führt. Ziel muss es sein, das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu stärken: Frühe Partizipation in Schule, Kita, Familie erhöht die Beteiligungsbereitschaft. Jugendbeteiligung muss so gestaltet werden, dass Beteiligung einen „Unterschied“ macht: Es darf keine Pro-forma-Beteiligung sein und es dürfen keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden. Diese erhöhen nur die Frustrationsgefahr.

4. Ebenenspezifische Herausforderungen: Unterschiedliche Vernetzungsstrategien in Stadt und Land

Bei PEP 3 wurde wie in den Vorgängerstaffeln deutlich, dass Jugendpolitik im ländlichen Raum etwas anderes bedeutet als im städtischen Raum. Dadurch, dass dieses Mal zwei Landkreise und zwei Städte vertreten waren, kam es zu einem Ausgleich der Perspektiven. Mit dem Schulprojekt des Kreises Kaiserslautern, kam mit den Schulen ein bisher in PEP vernachlässigter Transmissionsriemen für Jugendpolitik hinzu.

Diese unterschiedlichen Herausforderungen beginnen bei den für die Jugendlichen wichtigen Themen: So werden dem ÖPNV und Raumfragen

auf Kreisebene eine wesentlich wichtigere Rolle beigemessen als in der Stadt. Die im städtischen Raum vorzufindenden Probleme der Zusammenarbeit zwischen Ressorts werden im ländlichen Raum durch die unterschiedliche Kompetenzverteilung auf mindestens drei Ebenen (zwischen Orts- und Verbandsgemeinden sowie dem Landkreis; die Schulen als Hybride zwischen Kommune und Land kommen noch hinzu) potenziert. Die Netzwerkstrategien müssen hier teilweise für jede Orts- und Verbandsgemeinde neu aufgerollt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die jugendlichen Lebenswelten im ländlichen Raum gerade bei älteren Jugendlichen deutlich über die Verwaltungsgrenzen hinausreichen. Insofern sind weiterführende Schulen als Anker eine sinnvolle Strategie. Zusammengefasst fallen hier Zuständigkeiten, Finanzierung, Planung und Beteiligungsstrukturen regelmäßig auseinander. Die wesentliche Frage ist, wie hier Jugendpolitik eine Klammer bilden kann.

5. Chancen und Herausforderungen des Praxisentwicklungsprojektes PEP vor Ort 3

Die Erfahrungen mit PEP vor Ort 3 zeigen, dass es sich lohnt, Strukturen für Jugendbeteiligung und Eigenständige Jugendpolitik aufzubauen. Aus Sicht der Teilnehmenden war auch die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs über Kommunen hinweg eine wichtige Komponente. Die Teilnahme an PEP 3 war auch innerhalb der Kommunen ein wichtiges Zeichen der Anerkennung, um Jugendpolitik sichtbar zu machen, auch wenn die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterschiedlich ausgeprägt war.

Das Coaching und die kommunalwissenschaftlichen Inputs hätten zielgerichteter sein können, wenn die konkreten Problemlagen von Anfang an klar gewesen wären. Positiv war die stärkere Präsenz vor Ort. So konnte ein besseres Verständnis der Konstellationen und Möglichkeiten vor Ort gewonnen werden. Leider waren weiterhin die Zielgruppe des Ganzen – die Jugendlichen selbst – an keiner Stelle präsent. Um Fachkräften weiter-

helfen zu können wäre ein Kennenlernen der Perspektive der Jugendlichen hilfreich. Auch Gespräche oder Diskussionsrunden mit lokalen Akteuren hätten die spezifischen Problemlagen klarer werden lassen.

Insgesamt wurde der Arbeitsaufwand unterschätzt. Das Programm sollte diese Restriktion auch berücksichtigen und gleichzeitig Hilfestellung geben, wie Zeit für die Projektarbeit freigeschaufelt werden und auch gegenüber den Vorgesetzten begründet und verteidigt werden kann.

Dr. Moritz Kirchner,

Zentrale und gleichsam interaktive Trainingsergebnisse politischer Kommunikation aus den Qualifizierungstreffen, vorgestellt als Mural auf der Abschlusstagung am 5. Oktober 2023

Wie war es
Sehr schön!

Der **Simulationsschock** wurde immer weniger

Oft **Selbstbild-Fremdbild-Diskrepanz**: Sie sahen sich schlechter als ich sie

Verinnerlichung der eigenen Legitimation: ja, sie dürfen auf die Politik zugehen

Cicero: Reden lernt man durch Reden

Rhetorische Tipps

Kanalkongruenz: Übereinstimmung von Inhalt, Stimme und Körpersprache

Pausensetzung (3 Sekunden): Themenpause, Nachdenkpause, Emotionspause

Auch was verneint wird, wird aktiviert

Den Kern des Einwandes tatsächlich zu treffen

Dreiklang der Drehung
 1) empathisch abholen
 2) erklären
 3) zurückspielen

Einsatz mit KI
 Je besser die Eingabe, desto besser das Ergebnis

Nochmal drüberschauen (Faktencheck, Stil)

Unterschiedliche Instrumente ausprobieren

Kausalargument-Kettenargument



Kernbotschaften

Programmatisch: Alle (demokratischen) Parteien bekennen sich zu mehr oder weniger Kinder- und Jugendbeteiligung, also sollen sie Taten folgen lassen

Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie am meisten gelitten, ergo sollten sie jetzt besonders gefördert werden

Über Menschen und deren Bedürfnisse hinweg zu entscheiden, ist schlicht undemokratisch!

Junge Menschen sind Expert:innen in eigener Sache, ergo sollten sie so wie alle anderen auch gehört werden

Demokratinnen und Demokraten werden nicht geboren, sie werden gemacht

Reden mit Politik

1) Erkläre, warum das, was du willst, im allgemeinen Interesse ist (Legitimation schaffen); 90 Sekunden!

- Artikel 1-20 GG
- das, was die übergroße Mehrheit will

2) Erst werben, dann heulen

3) Thema zum Thema machen

- viele Betroffene; mittelbar und unmittelbar (große Zahl)
- Mediale Aufmerksamkeit
- Gefahr im Verzug
- Geld kostet/Geld bringt

Je mehr der Aspekte bedient werden, umso relevanter das Thema

4) Thema für Gegenüber relevant machen; an deren Werten/Programmatiken/Profilierungsbedürfnis andocken

Die Politik braucht das Gefühl, selbst zu entscheiden

Geteilte Themen und Worte

Lebensqualität

Niemanden zu verlieren

Vorausschauende Politik

Externe finanzielle Unterstützung

"Ich kann verstehen, dass sie das aus ihrer Perspektive so sehen"



Dr. Kirchner stellt sein Mural vor



Themen und Werte der CDU

"Das Bewahren des Bewahrenswerten"
 "Die Mitte"; **bewährt**

Stabilität und Sicherheit

Wirtschaft/Mittelstand; "Fachkräfte"

Ordnung und Sicherheit

Tradition/Tugenden

Familie

Freiheit der Mobilität

Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Themen und Werte der SPD

Soziale Gerechtigkeit
 "Gerecht ist das, was denjenigen, die am schlechtesten gestellt sind, am meisten nützt"

Solidarität

Gemeinschaft und Zusammenhalt

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Integration

Gesellschaftlicher Aufstieg;
 Chancengerechtigkeit



Themen und Werte Grüne

Umweltschutz, **Nachhaltigkeit**
 Nachhaltigkeit: ökologisch, ökonomisch, sozial

Ökologisch-soziale Transformation

Familie; Einheit in Vielfalt

Basisdemokratie

Nachhaltig Mobilität/Verkehrswende

Erneuerbare Energien

Bürger- und Abwehrrechte

diskriminierungsfrei/diskriminierungssensibel/
 Schutz von Minderheiten



Themen und Werte FDP

Wahlfreiheit; Möglichkeiten, Optionen

Wirtschaft/Selbständige

Haushalt/Haushaltskonsolidierung

Eigenverantwortung

Entbürokratisierung

Privat vor Staat

"Die Freiheit des Einen darf nur eingeschränkt werden, wenn er die Freiheit des anderen verletzt"

Digitalisierung
 -> Behälter online ordern

JES mit PEP 3: Politische Kommunikation Mainz 05.10.2023



Was überzeugt Menschen
1. Logik
2. Emotionen
3. Glaubwürdigkeit

Inhalt: 30%
 Stimme: 30%
 Körpersprache: 40%

40% Talent, 60% Übung

Modell der Informationsverarbeitung



"Politik ist die Kapazität zu kollektiv bindenden Entscheidungen"

Logiken Politik vs. Verwaltung

| | | |
|--|---|--|
| Verwaltung Sachlich richtig Juristisch korrekt Alle Bürgerinnen und Bürger gleich Komplexität entfalten | Politik Profilierung <u>Mehrheitsfähig/überzeugen?</u> Paragraphen sind zuerst Hindernisse Primär an eigene Wählerinnen und Wähler Komplexität zu reduzieren Selbstaufwertung durch Fremdbewertung | Politik generell 1. Macht 2. Interessen 3. Legitimation Begründungsfähigkeit von Politik <ul style="list-style-type: none"> Wählerinnen und Wähler Öffentlichkeit eigenen Partei |
|--|---|--|

Strategiesammlung

Prämissenstrategie: nochmal vor Augen führen, aufgrund welcher Prämissen wir uns entschieden haben, X zu tun

Konsistenzstrategie: wir sollten das, was wir angefangen haben, auch durchziehen, um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren

Zusammenfassungsstrategie: "noch einmal zusammengefasst, die wichtigsten Punkte sind X, Y und Z"

Folgerargument: Warum bringt uns das am Ende mehr (Geld), und kostet nicht

Strategie lebensweltlicher Relevanz: direkt aus dem Alltag Beispiele anführen, wo Jugendbeteiligung direkte Verbesserungen bewirkte

Eigentlichkeitsstrategie: Die eigentliche/Kernaufgabe des Staates ist der Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger (Hobbes); wer sich beteiligt, kommt nicht auf Abwege

Fürsorgeargument: Wir haben eine besondere Verantwortung und Fürsorgepflicht gegenüber unseren jungen Menschen

Gegenseitigkeitsstrategie: weil die jungen Menschen für uns besonders verzichteten in den letzten Jahren, sollten wir Ihnen jetzt was eben

Kontrollverluststrategie: es darf nicht passieren, dass wir nicht handlungsfähig sind; das sind wir aber, wenn wir Menschen verlieren

Stakeholder-Strategie: wer ist Betroffen:
 Junge Menschen
 Politik
 Gesellschaft
 Kernbotschaft: alle profitieren

Vergleichsstrategie: wir wollen nicht schlechter sein als die anderen hinsichtlich der Kinder- und Jugendbeteiligung

Trikolonstrategie: Drei Sachverhalte, die zusammen eine starke Botschaft ergeben; es geht um Beteiligung, um Motivation und um Verantwortung

Bessere-Alternativen-Strategie: wir haben eine bessere Alternative (z.B. Kinder- und Jugendparlament)

Strategie des geteilten Interesses: "Sie wollen doch auch, dass die Parteien neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter kriegen"

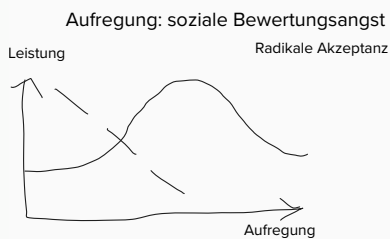
Bedingungs-Veränderungs-Strategie: weil sich die politischen/gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert haben, brauchen wir heute neue Antworten

Exklusivitätsstrategie/Eigenstolzstrategie: Nur wir haben/können/machen XY

Strategie vorausschauenden Handelns: wir haben euch mitgedacht, indem wir XY getan haben

Dethematisierungsstrategie: Einwand überhören

Programmatische Konsistenzstrategie: Es entspricht euren Werten/Programmen, daher solltet ihr dafür sein



Gegen Lampenfieber

Üben!

Psycho-physiologische Kopplung

- Atemtechniken
- Entspannungstechniken

Sport: 50:50

Technik des inneren Rahmens: 2-3 positive, selbstbekräftigende Sätze

- Moritz, du bist gut vorbereitet
- Moritz, du kennst dich in der Materie aus
- Moritz, du hast schon ganz andere Sachen hingekommen

Spaziergang

Techniken

BEIL Technik: Eröffnung

Botschaft: worum geht es mir, wofür werbe ich?

Erklärung (Logik; 30%): Zahlen, Daten, Fakten, Argumente dafür

Illustration: Bilder, Beispiele, Biographien, Kopfkino (Gefühl, 50%)

Leitprinzip(ien): Um welche Werte geht es mir (Sicherheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Akzeptanz etc.)

In einem Satz: Direkt rein, erklären, Kopfkino, zusammenfassen

Gekonnt kontern: E3TSB

Empathisch abholen

Tatsache —————

Tatsache —————

Tatsache —————

Schlussfolgerung (logische Konsequenz der Tatsachen: Rahmungseffekt)

Botschaft

Auf den Punkt: ZPMA

Zielstellung ←

Problem(e) →

Maßnahmen →

Appell

3. DIE TEILNEHMENDEN KOMMUNEN

Landkreis Kaiserslautern

Petra Brenk

JES! mit PEP vor Ort im Landkreis Kaiserslautern

Ziele JES!

Unsere Ziele waren, die **Beteiligung und Demokratiebildung von jungen Menschen im Landkreis Kaiserslautern** voranzutreiben sowie verschiedene Projekte mit Jugendlichen zu gestalten. Mit dem Gedanken von gesamtgesellschaftlichen Strukturen wollten wir die **Interessen und Ideen der Jugendlichen bei der Politik stärker in den Fokus bringen**. Um jungen Menschen und Politikern einen direkten Austausch zu ermöglichen, haben wir gemeinsame Veranstaltungen geplant, sodass sich **Jugendliche und Politik auf Augenhöhe begegnen und kommunizieren** konnten. Ein weiteres und wichtiges Ziel war es, **frühes Lernen und Üben von Beteiligung als demokratisches Element** im JES!-Projekt Landkreis Kaiserslautern zu etablieren und somit unseren gesetzlichen Auftrag umzusetzen.

Beteiligung im Landkreis Kaiserslautern: So fing alles an

Erst durch den Entschluss in der Kreisverwaltung Kaiserslautern und dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses im Januar 2021 konnten wir mit unserem Projekt starten. Die erste Videokonferenz, mit den Schülervertretungen der weiterfüh-



renden Schulen startete im Januar 2021 im Landkreis Kaiserslautern. Hier wurde unser erstes Projekt, „Landkreis ohne Rassismus“, ins Leben gerufen.

Dieses wurde an den **mitwirkenden Schulen umgesetzt** und hatte zum Ziel, die Ergebnisse in einem Fotobuch festzuhalten. Das Fotobuch wurde von Schüler*innen im Jahr 2021 an die **Bürgermeister der Verbandsgemeinden übergeben**. Das Projekt wurde auch im Jahr 2022 fortgesetzt. Dieses Mal wurden Plakate mithilfe eines professionellen Fotografen und der Schülerinnen und Schüler erarbeitet und erstellt.

Im Rahmen von **Vernissagen** wurden die Plakate in den jeweiligen Verbandsgemeinden ausgestellt. Bei der Eröffnungsfeier kamen **Politik, Jugend und Sozialarbeit in einen sehr engen Austausch** zum Thema Rassismus und den Orten, an denen er auftritt. Mittlerweile trägt das Projekt den Namen „**Landkreis mit Vielfalt**“, um die Variationsbreite der Ideen noch weiter zu öffnen. Dies wurde im Konsens der teilnehmenden Schülervertretung gemeinsam beschlossen.

Um unsere Ziele zu erreichen, haben wir **verschiedene Projekte** seit 2021 umgesetzt, bei denen junge Menschen Beteiligung erfahren haben. Folgende möchten wir kurz erwähnen:

- **U18-Wahl** mit Interviews von Politikern, durchgeführt von Jugendlichen und Veröffentlichung auf YouTube:
Link: <https://www.youtube.com/@digitalreportagen/videos>
- **Actionbound** zum Thema Beteiligung



- **schriftliche Umfragen und Austausch:**
Als Beispiel wurde, mit Hilfe eines öffentlich zugänglichen Kubus, zum Austausch zwischen Jugendlichen, Bürgermeistern, Sozialarbeitenden und interessierten Erwachsenen angeregt.

Was geht?
Mach mit im Landkreis Kaiserslautern

✓ Du bist zwischen 12 und 27 Jahre alt?
✓ Du hast Ideen und willst für die Jugend vor Ort etwas bewirken?

Deine Stimme zählt. Mach mit und reiche deine Ideen ein:

- allein
- mit Freunden
- mit deinem Verein
- mit deiner Schule
- mit deiner Organisation

Ansprechpartner:

- Kreisjugendpflege Petra Breenk, Tel. 0631/7105-359 oder 0176-10043893, petra.breenk@kaiserslautern-kreis.de
- Kreisjugendring, Pascal Wilking, 0151-15587458, p.wilking@gmx.de
- Jugendsozialarbeit im Landkreis
- Schulsozialarbeit im Landkreis

Hürden, die wir meistern mussten

Pandemiebedingt

Schon zu Beginn des Projektes wurden wir durch die Pandemie ausgebremst. Ein intensiver Kontakt zu den Jugendlichen konnte nur eingeschränkt hergestellt werden. Das Projekt „Landkreis ohne Rassismus“, das ohnehin digital angelegt war, konnte gut begleitet werden.

Flächenlandkreis

Im Landkreis Kaiserslautern hatten wir das Ziel, alle Jugendlichen zu erreichen. Aufgrund des Flächenlandkreises, eingeschränkter Mobilitätsmöglichkeiten und vielfältiger Zuständigkeiten, bedingt durch den kommunalen Aufbau in Kooperation mit den Verbandsgemeinden, war es eine große Herausforderung, allen gerecht zu werden. Dank der gut ausgebauten Jugend- und Schulsozialarbeit im Landkreis ist es uns dennoch gelungen.

U18-Bundestagswahl - für alle unter 18 Jahren im Landkreis Kaiserslautern

U18-Wahl - Was ist das?

• Jede/r unter 18 Jahren darf in einem Wahllokal wählen

Warum?

- Lust die eigene Stimme zu zeigen
- 9 Tage vor der Erwachsenenwahl zu wählen
- Veröffentlichung Eurer Ergebnisse auf: www.u18.org
- Eure Einstellungen zu den Parteien vertreten

Wie?



Faire Wahl nach unserem Grundgesetzes Art. 38

Allgemein

Keiner wird ausgeschlossen

Unmittelbar
direkt,
- ohne Umwege

Gleich

Jede Stimme zählt

Geheim

Keiner sieht was ich wähle

Frei

Keiner wird gezwungen



Alle mit ins Boot holen

Es war von entscheidender Bedeutung, zunächst die Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit davon zu überzeugen, dass dieses Beteiligungsprojekt für die Entwicklung der Jugendlichen und das Einüben von Partizipation als Auftrag der sozialen Arbeit von großer Wichtigkeit ist. Die Grundlagen der Umsetzung waren Überzeugungskraft, Motivation, Lernen von anderen und die Kommunikation von Unterschieden als Normalität.

Zeit

Zeitmangel zeigt sich an allen Ecken und Enden, und dann kommt noch ein solches Projekt – so dachten einige. Die Herausforderungen während und nach der Corona-Pandemie, der gesellschaftliche Wandel sowie der verstärkte Bedarf an Sozialer Arbeit und die Häufungen psychischer Auffälligkeiten bei Jugendlichen, um nur einige Beispiele zu nennen, belasten das ohnehin knappe Zeitkontingent zusätzlich.

Darauf sind wir stolz

Umsetzung in den beteiligten Verbandsgemeinden

Wir konnten das Projekt in allen sechs Verbandsgemeinden erfolgreich umsetzen, dank der engen

Zusammenarbeit im Großraumteam Schul- und Jugendsozialarbeit. Durch das Bilden unserer Sozialraumteams konnten wir das JES!-Projekt gezielt in allen Verbandsgemeinden umsetzen.

Kontakte zwischen Politik und Jugendlichen

Durch **vielfältige Formate** konnte wir den Kontakt zwischen Politik und Jugendlichen herstellen. Hier sind einige Beispiele:

- U18-Wahl im Büro eines Ortsbürgermeisters.
- Übergabe von Fotobüchern zu „Landkreis ohne Rassismus“ und Kinderrechten in den Ratssälen der Bürgermeister.
- Eröffnung von Vernissagen zum Projekt „Landkreis ohne Rassismus“ in den verschiedenen Verbandsgemeinden in Anwesenheit von Landrat Ralf Leßmeister und den Verbandsbürgermeistern.
- Workshop in einer Ortsgemeinde mit Beteiligung von Bürgern, Jugendlichen und Politik zum Thema „Wie wohl fühle ich mich?“.
- „Landrat macht Schule“: Besuch des Landrates Ralf Leßmeister in verschiedenen Schulen, um das Thema Politik zu besprechen und offenen Austausch zu ermöglichen.
- Intensivierung des Austausches zwischen Politik und Jugend- und Schulsozialarbeit.

Multiplikatoren

Um den Fachkräften der Jugend- und Schulsozialarbeit Methoden und Inhalte zu vermitteln, wurde Anfang 2023 mit Unterstützung von Rudi Neu vom Landesjugendamt und der Steuerungsgruppe ein Fachtag zum Thema Beteiligung durchgeführt. Dieser mündete nachmittags in eine Arbeitsphase der Sozialraumteams. Hieraus entwickelten sich Strategien, wie die Partizipation vor Ort noch intensiviert werden kann. Weitere gemeinsame Veranstaltungen zu diesem Thema folgten und werden in gewissen zeitlichen Abständen fortgesetzt. Wesentlich ist, dass die Thematik auch „nach“ „JES! mit PEP vor Ort“ lebendig bleibt.

Was hat geholfen

Steuerungsgruppe:

Unsere Steuerungsgruppe setzt sich zusammen aus
(von rechts nach links)

- Manuela Gorickic, Schulsozialarbeit,
- Eva Hertel, Kreisjugendring,
- Sylvia Neufing, Jugendsozialarbeit,
- Petra Brenk, Kreisjugendpflege.



Durch das **Team** wurde ein **Bewusstsein für das Thema** geschaffen, das anschließend als Gruppe an das Großteam und in die Politik weitergetragen werden konnte. Auch in den Fortbildungen und bei den vorzubereitenden Arbeiten konnte effektiv und strukturiert gearbeitet und reflektiert werden.

Unterstützung durch den Landrat

Landrat Ralf Leßmeister unterstützt „JES! mit PEP vor Ort“ in vielfältiger Weise. Er war nicht nur im Beirat vertreten, sondern bot auch das Programm „Landrat macht Schule“ an. Zudem hielt er einführende Worte bei den Vernissagen und lud gezielt Jugendlichen in den Kreistag ein. Darüber hinaus hat er der Steuerungsgruppe in allen Belangen den Rücken gestärkt.

Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Projektes:

Die fachlichen Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Projektes dienten der Weiterentwicklung in der Steuerungsgruppe und konnten durch die **Multiplikationsveranstaltungen** an die Sozialarbeitenden im Kreis weitergegeben werden. Die praxisrelevanten Inhalte konnten direkt angewandt werden.

Wie geht es weiter?

Partizipation endet nicht mit dem Projekt JES!

im Landkreis Kaiserslautern. Aufgrund der erzielten Erfolge, besteht starke Motivation, kontinuierlich weiterzuarbeiten. Dennoch ist es notwendig, immer wieder Ansatzpunkte zu finden, um gemeinsam den Weg zu beschreiten. Die Beteiligung von Jugendlichen und die Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen in den Sozialraumteams der Verbandsgemeinden werden auch weiterhin in unsere Arbeit miteinfließen. Wir werden weitere Wege und Möglichkeiten schaffen, um Begegnungen zwischen Politik und Jugend umzusetzen.

Der **regelmäßige Austausch im großen Team der Jugend- und Schulsozialarbeit** ist bereits jetzt ein fester Bestandteil unserer Netzwerkarbeit. Dieser Austausch wird weiterhin von den neuen Standards geprägt sein, die wir durch das JES! – Projekt erarbeitet haben und die unsere gemeinsame Arbeit beeinflussen werden.



Landrat Ralf Leßmeister macht Schule

Landkreis Alzey-Worms

Modellkommune Verbandsgemeinde Wörrstadt

Simone Breu
Christine Hassemer

Projektziel

Ziel: Partizipation – Lobbyarbeit und Nachhaltigkeit

Unser Projektziel war die Etablierung einer landkreisweiten festen Beteiligungsstruktur für junge Menschen ausgehend von einer Modellregion. Für das Projekt definierten wir dabei die Zielgruppe als junge Menschen im Alter von 11 bis 19 Jahren (Stand 2020: ca. 2600 Personen innerhalb der Verbandsgemeinde Wörrstadt). Zur Zielerreichung wurden folgende Richtziele gesetzt:

1. Durchführung eines Beteiligungsprojektes auf Basis der Wünsche der jungen Menschen.
2. Etablieren von autonomen Gestaltungsspielräumen.

3. Etablieren von dauerhaften Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Entscheidungsprozessen in der Kommune.

3. Etablieren einer Ansprechperson, die mit der Pflege und Anpassung der Beteiligungsstrukturen vor Ort betraut ist und Kontakt zu Jugendlichen pflegt, um Kontinuität zu gewährleisten, ohne die Autonomie der jungen Menschen einzuschränken.

Mit der Teilnahme am Förderprogramm sollte ein inhaltlicher Schwerpunkt auf das Thema „Partizipation von jungen Menschen“ im Landkreis Alzey-Worms gelegt werden, um so für das Aufgabenfeld zu sensibilisieren und die notwendigen und relevanten AkteurInnen zu aktivieren und zu vernetzen.

Projektdarstellung

Was war die Ausgangslage? Wie sollten die Ziele erreicht werden?

Beteiligung muss für alle Beteiligten – sowohl junge Menschen als auch Fachkräfte und Politik – konkret erfahrbar werden und die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen berühren. Als Flächenlandkreis entschieden wir uns möglichst nah an



Kreisjugendpflegerin Christine Hassemer präsentiert ihre Hausaufgaben beim Treffen im JUZ Big House in Neuwied

den Sozialraum (d. h. nicht zwingend der Wohnraum) der jungen Menschen anzusetzen. Um dabei jedoch die Übersichtlichkeit und Handlungsfähigkeit zu erhalten, wählten wir anhand eines Bewerbungsverfahrens die Verbandsgemeinde Wörrstadt als Modellkommune aus. In diesem kleineren Sozialsystem der Verbandsgemeinde mit ihren 13 Ortsgemeinden und einer Stadt sollten Strukturen erprobt und Erfahrungen gesammelt werden, um diese dann auf den gesamten Landkreis auszuweiten.

Phase 1 – Qualifizierung und Analyse

Zunächst galt es nach erfolgreicher Antragstellung, die Ausgangslage zu analysieren. Die Coaches bei den Landestreffen ermöglichten eine zusätzliche Qualifizierung bei der Projektgestaltung und -steuerung. Anhand einer **Sozialraum-analyse** konnte folgende Ausgangslage festgestellt werden: Die jungen Menschen der Verbandsgemeinde Wörrstadt bewegen sich vor allem in ihren Wohnorten und in den größeren Gemeinden, in denen sie die Schule besuchen.

Auf Basis der **Stakeholderanalyse** wurden alle relevanten AkteurInnen darunter unter anderem Vereine, Koordinationsstellen, PolitikerInnen, Wohngruppen, Religionsgemeinschaften, Verwaltungskräfte, Institutionen und auch interessierte Einzelpersonen, sichtbar gemacht. Um die Stakeholder für die Beteiligung junger Menschen zu gewinnen, wurde das Projekt zu Anfang in mehreren Gremien auf unterschiedlichen Ebenen sowie in der lokalen Presse vorgestellt. Aus den hier gewonnenen AkteurInnen entstand ein konkretes Netzwerk mit dem Ziel der Ausgestaltung des Jugendforums und Vorbereitung, der hierfür notwendigen Projektpatenschaften.

Kommunalpolitik ist bei Beteiligung ein essentieller Akteur, da dies die EntscheidungsträgerInnen sind, die einen Teil Ihrer Entscheidung abgeben. Dank der **Politikfeldanalyse** gelang uns eine spezifische Auseinandersetzung mit der kommunalpolitischen Situation vor Ort, um förderliche, neu-

trale und herausfordernde Strukturen zu visualisieren und diese bei den Planungen und Gesprächen zu berücksichtigen.

Mithilfe der **Netzwerkanalyse** konnten zentrale AkteurInnen und Ereignisse festgestellt werden, um effizient mit Informationen in einem Netzwerk umzugehen.

Für die **Steuerung** des gesamten Projektes wurden zwei Gruppen etabliert. In der **operativen Steuerungsgruppe** waren

- Fachkräfte der örtlichen Jugendarbeit, sowohl kommunal als auch kirchlich vertreten,
- eine Fachkraft aus dem Bauamt der Verbandsgemeinde,
- der erste Beigeordnete der Verbandsgemeinde Wörrstadt,
- die Jugendhilfeplanung
- sowie die Kreisjugendförderung.

Inhalte und Aufgaben waren vor allem die Planung und Abstimmung der einzelnen Termine und Aktionen vor Ort. Hilfreich war diese Gruppe vor allem für die Zusammenführung der vielen Netzwerkkontakte in der Region und das Zurückgreifen auf bestehende Strukturen in der Region.

Die **strategische Steuerungsgruppe** bestand aus

- Landrat,
- Verbandsgemeindebürgermeister,
- Jugendamtsleiterin,
- Sachgebietsleiter Jugendarbeit und Jugendschutz,
- Jugendhilfeplanung und
- Kreisjugendförderung.

Hier wurde die Steuerung des Gesamtprojektes diskutiert, die Finanzplanung, als auch der Übertrag der Ergebnisse in verschiedene Gremien des Landkreises beschlossen, um den gesamten Landkreis bereits frühzeitig miteinzubeziehen.

Phase 2 – Kontaktaufnahme zu den jungen Menschen

„Partyzipation“

Unter dem Titel „Partyzipation“ öffnete das Neubornbad exklusiv nur für junge Menschen im Alter von 11 bis 21 Jahren. Somit konnte ein niedrigschwelliger Zugang zur Zielgruppe hergestellt werden. Dies war eine Gelegenheit jungen Menschen zu zeigen, dass sie gesehen werden, und

gleichzeitig der Aufruf aktiv zu werden und beim Jugendforum mitzuwirken. Erwachsene waren bei der Veranstaltung nur als Mitwirkende erlaubt, zum Beispiel beim Mixen alkoholfreier Cocktails. Aufgrund schlechten Wetters war der Andrang überschaubar. Es gelang dennoch örtliche Politik und junge Menschen unkompliziert in Kontakt zu bringen.

Auf Wunsch der jungen Menschen bei dem später stattfinden Jugendforum wurde die „Partyzipation“ im nächsten Sommer wiederholt und überwiegend von den Auszubildenden der VG Wörrstadt als eigenes Projekt organisiert. Mit besserem Wetter und zielgruppennaher Organisation war dies ein voller Erfolg von jungen Menschen für junge Menschen! In einem persönlichen Brief des Verbandsbürgermeisters wurde die Zielgruppe zu einem Jugendforum eingeladen. Auch in Schulen, in Jugendeinrichtungen und in der Presse wurde das Jugendforum beworben.

Phase 3 – Projekte

Jugendforum

Mithilfe einer externen Moderatorin führten wir schließlich ein Jugendforum in der Verbandsgemeinde Wörrstadt durch. Wir waren begeistert, dass ca. 40 Kinder und Jugendliche mit Präsentationen, Modellen und ihren Anliegen gekommen sind. Nach einer Prüfung der über 20 Anliegen wurde gemeinsam mit den jungen Menschen über die Machbarkeit gesprochen. Schließlich entschieden sich die Jugendlichen für die Umsetzung von neun Projekten.

Die Projekte waren thematisch sehr breit gefächert, von einer Spielbucht an einem Bachlauf, über Fahrradwege oder auch der Gestaltung von Sport- und Lernplätzen.

Jedes Projekt fand mindestens eine/n PatIn, welche/r die jungen Menschen bei der Umsetzung der Projekte unterstützte. Hier ließen sich einige sehr einfach und schnell umsetzen, andere zeigten den



Projekte aus dem Jugendforum

| NR. | Titel |
|-----|---|
| 1 | Fahrradwege innerhalb der VG Wörrstadt |
| 2 | Eventlocation für junge Menschen |
| 3 | Sportanlage Ensheim |
| 4 | Ausweitung Angebot Stadtbücherei & Lernorte |
| 5 | Markt in Wörrstadt |
| 6 | Bahnhof Wörrstadt |
| 7 | Basketballplatz Wörrstadt |
| 8 | Skaterrampe Saulheim |
| 9 | Spielbucht in Armsheim |

Projekte aus dem Jugendforum

Jugendlichen auf, wie viel Planung, Hindernisse und auch Bürokratie stellenweise zu meistern sind. Nicht zu allen Projektgruppen konnte der Kontakt aufrechterhalten werden.

Es fanden regelmäßige Austauschtreffen statt, um die Projekte und ihre Teilnehmenden zu begleiten und untereinander zu vernetzen. Hierbei war die Vielzahl der gewonnenen Netzwerkkontakte hilfreich und sorgte für Synergieeffekte. Aktuell befinden sich die meisten Projektgruppen in den letzten Zügen, die bis zur Abschlussveranstaltung im Frühjahr 2024 beendet sein sollen.

Gemeinsam mit den jungen Menschen und Beteiligten aus den Projekten ist eine große Abschlussveranstaltung geplant, bei der die Ergebnisse präsentiert und über den Prozess berichtet werden soll. Damit hoffen wir, weitere AkteurInnen aus dem gesamten Landkreis anhand dieser konkreten Beispiele und Erfahrungen für die gesellschaftliche Aufgabe der Beteiligung von jungen Menschen zu sensibilisieren und zu gewinnen.

Phase 4 – Evaluation und Etablieren der Beteiligungsstrukturen

Schließlich galt es, die Ereignisse und Prozesse zu betrachten, um die Erkenntnisse für die weitere Arbeit zu sichern und mithilfe dauerhafter Beteiligungsstrukturen die Nachhaltigkeit und die Weiterarbeit zu gewährleisten.

1. Es gelang uns die Durchführung von mindestens fünf Beteiligungsprojekten auf Basis der Wünsche der jungen Menschen.
2. Um jugendgerechte Beteiligungsprozesse gestalten zu können, bedarf es spezifischen Fachwissens. Zum Ende der Projektlaufzeit wurde deswegen allen Fachkräften der Jugendarbeit und auch anderen Fachkräften sowie Personen mit Schnittstelle zur Beteiligung junger Menschen die Möglichkeit geboten, an einer dreitägigen Grundlagenqualifizierung zur Beteiligung junger Menschen teilzunehmen. Hier konnte Sonja Jensen von „Praxisnah“ theoretische und praktische Grundlagen vermitteln und die konkrete Planung spezifischer Beteiligungsprozesse der Teilnehmenden einleiten. So konnten neben einem vertieften Bewusstsein und Inhalten auch konkrete Projekte auf unterschiedlichen Ebenen im Landkreis vorangetrieben werden, um qualitativ hochwertige Beteiligungsstrukturen in Institutionen und Gemeinden zu etablieren.
3. Im folgenden Jahr ist ein Jugendforum als eine Form der Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeit erneut in der Verbandsgemeinde Wörrstadt geplant. Das Jugendforum soll sich als eine regelmäßige dauerhafte Beteiligungsstruktur etablieren.
4. Aktuell wird geprüft, ob eine zusätzliche Personalstelle auf Ebene der Verbandsgemeinde mit dem Aufgabenschwerpunkt Beteiligung möglich ist, um so eine Ansprechperson zu etablieren, die mit der Pflege und Anpassung der Beteiligungsstrukturen innerhalb der Verbandsgemeinde betraut ist und Kontakt zu Jugendlichen und NetzwerkakteurInnen pflegt.



Projektgruppe Spielbucht in Armsheim

Im Folgenden wird ein Teil der Ergebnisse der Evaluation dargestellt:

Erfahrungen aus dem Projektverlauf:

Was hat gut geklappt?

Die internen Abstimmungen der Fachkräfte sowie der Steuerungsgruppen waren sehr effektiv. Es konnten viele Fragen auf kurzen Wegen geklärt werden. Eine regelmäßige Rückkopplung mit Entscheidenden hat stattgefunden.

Wo gab es Schwierigkeiten? Was ist schiefgegangen?

Schwierigkeiten gab es, den Kontakt zu jungen Menschen herzustellen und in Prozessen, die über mehrere Monate andauern, zu halten. Die Zeitka-

pazitäten der Fachkräfte hätten größer sein müssen, da der Aufbau von Beteiligungsstrukturen zum einen den echten Willen, aber vor allem eine stetige und intensive Netzwerkarbeit erfordert. Die Vernetzung ist dabei zentral, um möglichst viele junge Menschen und AkteurInnen zu erreichen.

Lerneffekte

Was haben wir aus den Erfahrungen gelernt?

Organisatorisch:

- Beteiligung braucht Zeit und Vertrauen. Es gilt daher Räume zu schaffen, in denen gegenseitige Vorurteile und negative Erfahrungen der Vergangenheit abgebaut werden, um positive Partizipationserlebnisse zu schaffen. Erwach-

sene haben beim Jugendforum beispielsweise erfahren, dass Kinder und Jugendliche sehr genau und realistisch die Machbarkeit von Projekten einschätzen können. Und junge Menschen haben bei den Veranstaltungen und in der Zusammenarbeit mit den PolitikerInnen gemerkt, dass sie gehört und ernst genommen wurden.

- Die Jugendlichen gaben an, regelmäßige Termine zu bevorzugen, damit sie diese frühzeitig einplanen können. Es gilt, einen Treffpunkt mit regelmäßig wiederkehrenden Terminen zu schaffen.
- Es war mit Sicherheit ein Gewinn, dass wir einen ehrenamtlichen Bürgermeister und zeitgleich 1. Beigeordneten der Verbandsgemeinde für die Mitwirkung in der operativen Steuerungsgruppe gewinnen konnten, da wir so die Perspektive von Politik und Fachkräften in der operativen Steuerungsgruppe vertreten hatten.
- Die Öffentlichkeitsarbeit ist verstärkt mit einzubinden damit regelmäßig über Ereignisse berichtet, sowie die Rückkopplung zu politischen Gremien wie der Bürgermeister-Dienstbesprechung, Gemeinderäten sowie dem Jugendhilfeausschuss geschieht.

Inhaltlich:

- Der Methodenkoffer wurde aufgefrischt und erweitert durch Methoden der Netzwerkanalyse, der Auseinandersetzung mit der Definition von erreichbaren Zielen, einem genauen Blick auf den Verwaltungsaufbau und seinen Entscheidungsstrukturen, der Stärkung von Rhetorik und kommunikativer Kompetenz sowie dem Kennenlernen von Beteiligungsformaten.
- Ein Jugendforum ist eine Beteiligungsmöglichkeit von vielen. Es gilt sich hier den Rahmenbedingungen anzupassen und sich möglichst breit aufzustellen, um möglichst unterschiedlichen jungen Menschen eine Möglichkeit zur Beteiligung zu schaffen.

- Beteiligungsprozesse sind komplex und nicht von Anfang an greifbar. Kommunikation ist daher ein zentraler Aspekt: Es bedarf klarer und transparenter Kommunikation auf Augenhöhe. Probleme sollte offen angesprochen und leicht verständlich erklärt werden. Es sollten keine Luftschlösser gebaut werden, jedoch immer offen nach möglichen Kompromissen oder Alternativen gesucht werden: Was ist machbar? Das Ziel sollte klar definiert werden.
- Der Erfolg eines Projektes misst sich dabei nicht zwingend an einem Endergebnis, wie z. B. in Form einer Skaterrampe, sondern daran, ob die beteiligten AkteurInnen eine positive Beziehung zueinander aufbauen konnten, sodass in Zukunft weitere gemeinsame Partizipationsprojekte möglich sind.

Welchen Nutzen hatte das Projekt für unsere Kommune?

Wir haben durch die breite wissenschaftliche Begleitung fachlichen Input erlangt. Diese Theorie konnten wir gezielt mit der Praxis verknüpfen und rückkoppeln. Es gab darüber hinaus auch Raum für praktische Übungen in einem geschützten Rahmen, zum Beispiel im Bereich Kommunikation. Zudem gab es die Gelegenheit einer Auseinandersetzung auf Metaebene mit anderen Kommunen. Dadurch konnten wir auf einen breiteren Erfahrungsschatz in diesem komplexen Bereich zurückgreifen.

Aus dem Prozess und dem Jugendforum ist dabei konkret Folgendes entstanden:

- Die „Partizipation“ als eine zusätzliche Veranstaltung von und für junge Menschen in der Verbandsgemeinde.
- Attraktive Freizeitmöglichkeiten nicht nur für junge Menschen: Dirtbahn, Skaterrampe, Wasserspielgelegenheit am Bach.

- Betreuung des Social-Media-Bereiches der Verbandsgemeinde unter Mitwirkung von jungen Menschen, um jugendadäquatere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.
- Neue Ternetze wurden für Anlagen innerhalb der Verbandsgemeinde beschafft.
- Jugendforum als eine Möglichkeit der Beteiligung wurde positiv erprobt und wird wieder stattfinden.

Die Vernetzung der AkteurInnen hat auch außerhalb des konkreten Projektes zu Synergieeffekten bei anderen Projekten und Aufgaben geführt.

Wir haben den Bedürfnissen von jungen Menschen Raum gegeben und damit unseren Landkreis jugendgerechter gemacht. Diesen Weg gehen wir weiter.

Empfehlungen: Was sollte man bedenken, wenn man ein solches Projekt angeht? Was funktioniert? Was kann man besser machen?

Das Projekt beginnt bereits vor der Antragstellung mit der Gewinnung zentraler AkteurInnen und der gemeinsamen Planung des Projektes. Dabei ist zu beachten, dass Kinder und Jugendliche laut §16c GemO seit 2023 ein verpflichtendes Recht auf eine adäquate Beteiligung in die für sie relevanten Angelegenheiten haben. Es war bereichernd, sich immer wieder über die eigene Haltung zum Thema Partizipation bewusst zu werden, um die eigene Resilienz zu stärken und den Optimismus auch bei Herausforderungen zu erhalten. Es gilt, gute Strukturen und Rahmenbedingungen auch im eigenen Tätigkeitsfeld zu schaffen. Beteiligungsprozesse erfordern eine breite und fundierte Netzwerkarbeit und Übung. Hierfür sind Zeitressourcen, also Freiräume in der alltäglichen Arbeit, zu schaffen, wenn man der Ernsthaftigkeit und Qualität der Beteiligung gerecht werden will. Nur so kann ein erfolgreiches Projektmanagement und eine nachhaltige Netzwerkarbeit und damit Etablierung dauerhafter Beteiligungsstrukturen erfol-

gen. Hierbei sind die regelmäßige Zusammenarbeit und Information sowie der Austausch von Politik und Fachkräften hilfreich. Dabei ist zu beachten, dass bei Beteiligungsprozessen mindestens drei Gruppen aufeinandertreffen, deren Kommunikation aufeinander abgestimmt werden muss, da jede Gruppe (Politik, Fachkräfte, junge Menschen) ihre eigene Sprache haben. Nicht zu vernachlässigen ist dabei auch die regelmäßige öffentlichkeitswirksame Darstellung der laufenden Prozesse und Erfolge. Neben den zeitlichen sowie personellen Kapazitäten und den Netzwerkressourcen bedarf es der Klärung finanzieller Mittel, die für das Beteiligungsprojekt zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich gilt, Partizipationsprozesse sind Lernprozesse für alle Beteiligten. Das bedeutet auch, dass man nicht immer alles richtig macht und öfters auch mal in eine Sackgasse gerät. Wichtig ist jedoch, dass man sich traut, den Weg gemeinsam zu gehen. Wir können alle viel voneinander lernen und profitieren. Wir müssen unsere Gesellschaft als Gemeinschaft zusammen gestalten und d. h. auch Kinder und Jugendliche müssen im Sinne einer zukunftsfähigen Gesellschaft diese mitgestalten können.

Stadt Neuwied

Anna Sander
Sonja Jensen

Ausgangslage:

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird in der Stadt Neuwied seit Jahrzehnten großgeschrieben – ob bei Mitmachaktionen, Werkstätten im Rahmen der Spielraumbedarfsplanung oder während der „Woche der Kinderrechte“. Das Format „Frag doch mal den Bürgermeister“ und die pädagogische Begleitung des Jugendbeirates durch die Fachstelle Partizipation sind weitere Beispiele für diese Schwerpunktsetzung der Stadt. Doch wie fördert und beteiligt man Jugendliche, wenn Schulen und Jugendzentren geschlossen sind, weil man Abstand halten muss?

Die aufsuchende Jugendarbeit des Neuwieder Jugendzentrums „Big House“ hat sich 2021 dieser besonderen Herausforderung gestellt und die gesellschaftliche Integration sozial benachteiligter junger Menschen im Raiffeisenring trotz der unumgänglichen Corona-Schutzmaßnahmen gefördert.

Neuwied ist mit rund 67.000 Einwohnern die siebtgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz, wobei rund ein Drittel der Einwohner auf die Innenstadt und den Stadtteil Heddesdorf entfällt. Mindestens 25 Prozent aller dort gemeldeten Kinder und Jugendlichen leben von Sozialleistungen.

Die aufsuchende Jugendarbeit bietet im Raiffeisenring (Heddesdorf) ein niedrigschwelliges Kontaktangebot für junge Menschen zwischen 11 und 25 Jahren an. Bereits vor Projektstart haben die Mitarbeitenden im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit Kontakt zu den verschiedenen Jugendgruppen hergestellt. Schnell wurde klar: Sie fühlen sich abgehängt und übersehen. Auch vor der Pandemie war die Lebensrealität der meisten Jugendlichen belastend. Dies ist durch die Corona-Regeln noch einmal verstärkt worden.

Mit dem Start des Projekts „JES! Mit Pep vor Ort 3“ wurde das übergeordnete Ziel, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt zu stellen, formuliert. Wir stellen es hier beispielhaft am Beteiligungsprojekt „Jugendliche erobern öffentliche Plätze“ im Raiffeisenring dar.



Bürgermeister Jung mit der PEP 3 - Lerngruppe im fachpolitischen Diskurs im „Big House“

Projektziele

Die Ziele sind im Projektverlauf in „Ziele der Jugendlichen“, „Ziele der Fachkräfte der Jugendarbeit“ und „Ziele der politischen Ebene“ differenziert worden:

Die Bedarfe und Interessen der im Quartier lebenden Kinder und Jugendlichen werden ernst genommen und in regelmäßigen Abständen erhoben. Per Vermerk werden sie an die Stadtspitze weitergeleitet.

Pädagogische Fachkräfte der aufsuchenden Jugendarbeit vermitteln bei Konflikten zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Sie sind in ihrer Funktion als Anwälte der Jugendlichen zu verstehen – auch gegenüber Verwaltungsapparat, Polizei, Ordnungsamt, freien und kirchlichen Trägern sowie weiteren Initiativen.

Pädagogische Fachkräfte unterstützen junge Menschen bei der „Eroberung“ öffentlicher Plätze sowie im Umsetzungsprozess der Bedarfsabfrageergebnisse 2021 (Neubau Jugendplatz, nutzbare Sport- und Bolzplätze).

Die Strategie „Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen“ und alle damit einhergehenden Haltungs- und Handlungsformen der Angebots- und Arbeitsstrukturen werden dauerhaft implementiert.

Vertretungen aus den politischen Gremien verinnerlichen die Haltung, im Sinne von Kindern und Jugendlichen zu handeln und Entscheidungen zu treffen.

Projektdarstellung:

Ausgangspunkt der Aktionen im „Brennpunkt Raiffeisenring“ waren Anwohner-Beschwerden über Jugendliche, vorgetragen von Erwachsenen, oft Senioren, beim Quartiersmanagement. Den Mitarbeitenden war dabei sofort klar, dass auch die Jugendlichen selbst gehört werden müssen.

Da es unter ihnen jedoch häufig starke Vorbehalte gegenüber Erwachsenen und auch gegenüber erwachsenenorientierten Strukturen, wie den Online-Gesprächsrunden des Quartiersmanagement, gibt, entschieden sie sich für einen direkteren und niedrigschwelligeren Zugang.

Als ersten Schritt führten sie daher im Projekt „Jugendliche erobern öffentliche Plätze“ eine Bedarfsabfrage unter den Jugendlichen (11-25 Jahre) durch, die im Raiffeisenring leben oder sich dort regelmäßig aufhalten. Da ein „Jugendforum“ wegen der Corona-Schutzverordnung ausgeschlossen war, führten die Jugendamtskollegen Einzel- und Gruppeninterviews sowie Umfragen durch. Über 120 Jugendliche teilten dabei ihre Meinungen und Wünsche hinsichtlich ihres Wohnviertels mit. Dabei kristallisierten sich gemeinsame Vorstellungen heraus, zum Beispiel von nutzbaren Sportflächen oder Sitzbänken – für sich und für Senioren, die sie im Viertel „angestrengt spazieren gehen“ sehen – bis hin zu „coolen Aktionen“ wie Turnieren und Graffiti. Zentraler Wunsch: ein geeigneter Jugendplatz, auf dem sie sich mit Freunden treffen können, bei Wind und Wetter, abseits von Kindern auf einem Spielplatz und mahnenden Eltern und Anwohnenden.



FreedomWall am neuen Jugendplatz

Das Quartiersmanagement des Raiffeisenrings veranstaltete in dieser Zeit zu verschiedenen Themen des Wohngebietes regelmäßige Online-Netzwerktreffen mit den „Akteuren des Sozial-

raums“. Teilnehmende waren die Vorsitzenden von Wohngemeinschaften, Mitarbeitende von Ordnungsamt und Polizei, die Geschäftsführung der städtischen Siedlungsgesellschaft, die Leitungs- und Fachkräfte des Bauamtes und des Jugendamtes, der Vorstand des Jugendbeirates sowie Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und des Stadtvorstandes.

Da die Jugendlichen aufgrund der angesprochenen Vorbehalte ihre Anliegen dort nicht selbst vorbringen wollten, brachten die Kollegen der aufsuchenden Jugendarbeit und des Jugendbeirats die Ergebnisse der Abfragen ein.

Im nächsten Schritt organisierten sie einen persönlichen Termin für die Jugendlichen mit Bürgermeister Peter Jung und Jugendamtsleiter Bernhard Fuchs. Beide machten ihnen den Rückhalt des gesamten Stadtvorstandes und der beteiligten Ämter deutlich. Damit wurde es für die Jugendlichen greifbar, dass das Bauvorhaben „Jugendplatz“ tatsächlich realisierbar und ihre Beteiligung wirklich gewollt ist.

Nach einer Priorisierung der konkreten Gestaltungswünsche durch die Jugendlichen und der engagierten Suche nach Haushaltsmitteln in der Verwaltung konnte die Realisierung des Vorhabens angegangen werden. Mit Baubeginn des Jugendplatzes im September 2022 und Eröffnung im November 2022 war die erste Phase des Projektes bereits nach einem Jahr erfolgreich abgeschlossen.

In der Folge wurde auf Basis der Umfrageergebnisse auch ein kostenfreier, niedrigschwelliger Graffitiworkshop für 12- bis 21-Jährige durchgeführt. Die Teilnehmenden konnten dabei ihre Fähigkeiten mit Hilfe eines Künstlers erweitern und gemeinsam ein Bild an die sogenannte Freedom-Wall am neuen Jugendplatz sprühen.

Abschließend planten Jugendgruppen aus dem Raiffeisenring gemeinsam mit Besuchern des Jugendzentrums ein Einweihungsfest ganz nach ihrem Geschmack: mit Liebe-Beatboxer, Pizza,

Obst, Salat und Softdrinks. Höhepunkte waren Turniere und Challenges, bei denen Schwimmbad-, Kino- und Essensgutscheine zu gewinnen waren. Auch hier hatten die jungen Menschen die Möglichkeit, mit Bürgermeister Peter Jung in den direkten Kontakt zu treten.

Erfahrungen

Mit der sehr niedrigschwelligen Beteiligung haben wir die Jugendlichen des Quartiers genau dort abgeholt, wo sie mit ihren Kompetenzen, Gefühlen und Vorbehalten standen. Wir haben es gewagt, auf Beteiligungsformate, die Kompetenzen erfordern, die diese Jugendlichen noch nie ausbilden konnten, zu verzichten. Ziel war, grundständig ihrer Selbstwirksamkeit zu fördern, indem wir für sie Erfahrungsfelder schaffen, die sie nicht überfordern.

Die Steuerungsgruppe und die operative Arbeitsgruppe haben sich als Arbeitsorganisationseinheit bewährt. Sie wurden durch die Mitarbeiterin des JuZe gelenkt.

Zur Steuerungsgruppe gehörten Mitarbeitende des Bauamtes, die zuständige Fachkraft des Kinder- und Jugendbüros der Stadtteilarbeit in Heddesdorf, der Ansprechpartner des Quartiermanagements und die Fachkraft des Jugendzentrums Big House.

Die operative Arbeitsgruppe hat sich dagegen als feste Gruppe im Rahmen dieses Projektes nicht bewährt. Bei Jugendlichen, und bei dieser speziellen Zielgruppe im Besonderen, sind Verlässlichkeit und Termintreue keine erreichbaren Ziele. Als praktikabel hat sich vielmehr herausgestellt, die verschiedenen Themen der jungen Menschen kleinschrittig aufzuarbeiten und die Ergebnisse an identifizierte Gruppensprecher der verschiedenen Cliques zu übermitteln. Auch in Einzelgesprächen wurden sie weitergetragen. Während des Projektes gegenüber den unterschiedlichen Zielgruppen transparent zu bleiben, war sehr zeitaufwendig. In mehr als 100 Einzelgesprächen wurde immer wie-



Zeit- und Aktionsplan Teil 1

der wiederholt, welche Erkenntnisse und Ergebnisse die Gespräche mit Verwaltung, Politik und Netzwerkgruppen ergeben haben.

Bei einem Projekt dieser Größe gibt es für die Prozesssteuerung mehr als eine Zielgruppe. Genannt seien neben den Jugendlichen auch die Verwaltung, die lokale Politik, Anwohnende und das Quartiersmanagement. Sie alle haben verschiedene Ansprüche an das Projekt formuliert und eigene Interessen verfolgt. Für die pädagogischen Fachkräfte der Jugendförderung war es an dieser Stelle besonders wichtig, dass Leitungskräfte und Entscheidungsträger ihnen den Rücken in der Prozessmoderation gestärkt haben. Die eigene Aufgabe weitet sich mit der Vergrößerung der Zielgruppe. Um trotzdem im Verwaltungsapparat handlungsfähig zu bleiben, braucht es die Genehmigung zur ämterübergreifenden Ansprache und Arbeit.

Neben dem öffentlichen Interesse und den Bedarfen Jugendlicher, müssen Gelder zur Verfügung gestellt werden und Vorhaben sowie Pläne genehmigt werden. Daher ist es besonders bemerkenswert, dass das Bauvorhaben innerhalb nur eines Jahres umgesetzt werden konnte. Dies beweist,

wie ernsthaft die verschiedenen Beteiligten im Sinne der Jugendlichen gehandelt haben.

Lerneffekte

Wie erwähnt, verfolgt Neuwied die übergeordnete Strategie, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt zu stellen und damit alle einhergehenden Haltungs- und Handlungsformen der Angebots- und Arbeitsstrukturen entsprechend zu gestalten. Dieses Ziel ist bei diesem im Raiffeisenring durchgeführten Projekt erreicht worden. Wenn die Ausgangslage für partizipative Prozesse positiv und der Rückhalt durch die Strukturen von Verwaltung und Politik gegeben sind, muss kaum mehr Überzeugungsarbeit bei Erwachsenen geleistet werden. In der Folge können Zeit und Energie ganz auf die Zielgruppe konzentriert werden. Netzwerkarbeit, wenn sie vernünftig gemacht wird, ist sehr zeitintensiv. Die Pflege des Netzwerks im Quartier war durch die Videokonferenzen stark vereinfacht. Die Aufrechterhaltung der Beziehungen und somit die Arbeit während der aufsuchenden Jugendarbeit war weitaus herausfordernder.

Zunächst war es nicht einfach, den Kontakt zur Zielgruppe über einen langen Zeitraum zu halten. Es gab keine Verpflichtung zur Teilnahme. Auch konnten man sich nicht darauf verlassen, Jugendgruppen immer zu bestimmten Zeiten an den gleichen Orten anzutreffen. Die besonderen Umstände (Corona) haben verhindert, die Beteiligung in Form eines Jugendforums umzusetzen. Auf der anderen Seite aber wurden Jugendliche durch die Interviews erreicht, die bisher keine Motivation verspürt haben, sich aktiv zu beteiligen. Manche konnten sich nur schwer artikulieren, durch geringe Deutschkenntnisse und wenig Erfahrung darin ihre Bedürfnisse zu reflektieren und dann darzustellen. Durch die direkte Ansprache durch Interviews, konnten über 120 Jugendliche zwischen 11 und 25 Jahren an einem für sie angemessenen Format teilnehmen und ihre Selbstwirksamkeitserfahrungen stärken, teilweise auch überhaupt erst ausbilden.

Der eigentliche Gewinn des Projekts ist weniger der Neubau des Platzes oder die Ausrichtung von Freizeitangeboten, sondern die Erfahrung, die die Jugendlichen während des Prozesses machen konnten. Teilweise entwickelten die Jugendlichen

eine Dynamik, sich eigenständig um Missstände am Jugendplatz zu kümmern oder Gespräche mit dem Bürgermeister anzumelden. Die Mühe, so viele Einzel- und Gruppengespräche geführt zu haben, um ein angemessenes Maß an Transparenz für einen erfolgreichen Partizipationsprozess zu erreichen, hat sich daher in jeden Fall gelohnt.

Mit der theoretischen Vorarbeit im „JES! PEP Projekt“ konnten relevante Informationen für die Umsetzung der Gesamtstrategie zusammengetragen, analysiert und weiterverarbeitet werden. Mit dem Ziel, Neuwied kinder- und jugendfreundlich zu machen, entwickelte sich ein allgemeines Verständnis und eine entsprechende Haltung in Verwaltung und Politik.

Empfehlungen

Die Erarbeitung aller notwendigen Informationen, um die vorgestellten Methodiken passgenau auf die eigene Stadt anzuwenden, erfordert viel Zeit und Ausdauer. Dies im laufenden Betrieb mit den alltäglichen Aufgaben unter einen Hut zu bekommen, ist durchaus ein Balanceakt.



Zeit- und Aktionsplan Teil 2

Daher empfiehlt es sich stets, in einem verlässlichen Team zu arbeiten und die Arbeit unter sich aufzuteilen. Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung ist, dass es ein klares Bekenntnis zur amtsübergreifenden Arbeit gibt. In der Realität ist die Jugendförderung nicht auf der obersten Entscheidungsebene der Verwaltung angesiedelt. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme gewisser Vorgänge sind daher sonst begrenzt.

Eine klare Haltung und ein Grundverständnis von Partizipation und partizipativen Prozessen helfen, bei Beteiligungsprojekten unterschiedliche Rahmen in angemessener Form zu gestalten, um Jugendlichen eine demokratisch und gesellschaftlich relevante Selbstwirksamkeitserfahrung zu ermöglichen. Es gibt keine Patentformel. Mit einem Jugendforum oder einer Onlineumfrage werden andere Jugendliche erreicht, als dies durch die direkte Ansprache und ein regelmäßiges Kontaktangebot im eigenen Wohnviertel der Fall wäre. Wie das Projekt gezeigt hat, braucht es teilweise eine wesentlich kleinschrittigere und engere Begleitung der Jugendlichen. Dafür sprechen die Ergebnisse der mühevollen Begleitung für sich.

Jugendarbeit braucht Lobbyarbeit. Sie braucht starke Netzwerke und ist politisch. Daher ist es umso wichtiger, sich als Fachkraft auf die Gegebenheiten der eigenen Gebietskörperschaft, so gut wie es möglich ist, vorzubereiten. Man sollte Verbindungen und relevante Akteure – Freunde und Gegner der Vorhaben – kennen, um entsprechend handeln zu können. Da diese natürlich nicht starr sind, sondern sich entwickeln, braucht es eine stetige Aktualisierung der Informationen. Eine kinder- und jugendorientierte Grundhaltung in Politik und Verwaltung, sowie ein entsprechender Entscheidungswille sind leider noch nicht selbstverständlich und müssen erarbeitet und dann auch erhalten werden.



Zeit- und Aktionsplan Teil 3



Fachkäfte aus Frankenthal sollen beim 6. Qualifizierungstreffen den Stand ihres Projektes in einem Bild ausdrücken.

Stadt Frankenthal

Michael Krauß
Marius Reuter

Projektziel

In Frankenthal wurde vor Projekteintritt nur unzureichend partizipativ mit jungen Menschen gearbeitet. Bemühungen, wie z. B. der kommunale Jugendbeirat, brachen aufgrund von personenbezogenen Abhängigkeiten ab. Andere Projekte, wie z. B. Bürger- und Jugendbeteiligungen, wurden von den Zielgruppen, aufgrund fehlender Selbstwirksamkeitserfahrungen und Entkopplung eines gesellschaftlichen „Wir-Gefühls“, abgelehnt, oder nur unzureichend angenommen. Die verbindliche Prozessentwicklung und Entscheidungsfindung in der Politik und Verwaltung war/ist trotz bundes- und landespolitischem Engagement gegenüber

Demokratiebildung und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene, stark vom Einzelengagement und Hintergrundwissen der Akteure abhängig und geprägt.

Im Jahr 2019 wurde mit jugendlichen Skater*innen, aufgrund von Beschwerdeprozessen durch Anwohner*innen, und 2020 mit unterschiedlichen Mountainbiker-Gruppen, die während der Coronapandemie „illegale“-Mountainbikestrecken bauten, von der Politik und Verwaltung Gespräche aufgenommen, um gemeinsam auf Augenhöhe unter Einbindung aller Zielgruppen Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dieser Prozess wurde im Rahmen der Jugendstrategie kontinuierlich begleitet und reflektiert. Im Verlauf des Dialogprozesses der Skater*innen und Mountainbiker*innen wurde als Ziel formuliert, dass die Stadtverwaltung eine verbindliche Entscheidung über die Genehmigung eines Baus einer neuen Sportfläche für Skating und Mountainbiking im

Laufe der zweijährigen JES! - Förderperiode bis Juni 2023 trifft.

Als weiteres Ziel der Jugendstrategie wurden aktiv Jugendliche über das Netzwerk des Kinder- und Jugendbüros angesprochen, um bis Ende des Jahres 2022 über das Thema Jugendvertretung in der Kommune ins Gespräch zu kommen und mögliche Beteiligungsinstrumente zu diskutieren und gegebenenfalls zu installieren.

Im Rahmen der Jugendstrategie wurden Beteiligungs- und Dialogprozesse installiert, die durch das Kinder- und Jugendbüro, den Jugendamtsleiter und Dezernenten gesteuert werden. Hierbei wurden (neue) Beteiligungsprozesse geschaffen, um gemeinsame partizipative Lösungen zu erarbeiten und um gemeinsam bedarfsorientierte Kinder- und Jugendangebote sicherzustellen. Flankierend hierzu wurde versucht, den nicht mehr aktiv organisierten Jugendring wieder zu reaktivieren.

Weitere prozessflankierende Ziele, wie personelle Anpassungen, Schaffung von zeitlichen Ressourcen und finanziellen Mitteln, wurden umgesetzt, werden aber hier nicht weiter ausgeführt.

Projektdarstellung

Neben dem Beschwerdeprozess des Skateparks entstand durch die genutzten und selbständig „wild“ gebauten Mountainbike-Strecken von jungen Menschen während der Pandemiezeit ein zusätzlicher städtischer Konflikt. Kinder und junge Erwachsene, die aufgrund des Lockdowns sich diese Orte selbst „erschaffen“ und genutzt hatten, sahen sich mit Beschwerden von Anwohnenden und naturschutz- und haftungsrechtlichen Verantwortlichkeiten der Stadt Frankenthal konfrontiert. Die Stadtverwaltung musste aufgrund dieser Rechtsgrundlagen die „wild“ gebauten Strecken sperren und zurückbauen. Diese Situation führte zu vielen öffentlichen Diskussionen, bei den Zielgruppen, Beschwerdeführer*innen, Elternvertreter*innen und Politik. Das Kinder- und Jugendbüro stellte Kontakt zu den unterschiedlichen Nut-

zungsgruppen her und führte diese in einem weiteren Dialogprozess gemeinsam mit dem Dezernenten/Beigeordneten zusammen.

Die Dialogprozesse der Skater*innen und Mountainbiker*innen wurden aufgrund der gleichen Interessenslagen als „Wunsch nach eigenen Sportflächen“ zusammengefasst. In diesem Dialogprozess wurden gemeinsam Nutzungsbedingungen des Skaterplatzes diskutiert und geändert. Dieser Prozess stieß auf großes Interesse in Medien, Gesellschaft und Politik. Um die Qualität in diesem Mitbestimmungsprozess zu gewährleisten, wurde eine externe Moderation engagiert.



Gemeinsames Treffen im Dialogprozess zwischen Eltern, Kindern, moderierendes Stadtberatungsbüro Fries, Beigeordneten Bernd Leidig und Vertretern des Kinder- und Jugendbüros

Es fanden regelmäßige Treffen mit den Jugendlichen statt. Es wurde gemeinsam mit der Stadtverwaltung analysiert, welche Flächen für den Bau einer Anlage geeignet sind, und ein Lärmgutachten erstellt. Den jungen Menschen sollte eine ungestörte Durchführung ihres Sportes gewährleistet werden, ohne Anwohner*Innen zu stören, dabei den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden und damit Konflikte aufzulösen. Im Jugendhilfeausschuss wird seitdem über den Stand des Dialogprozesses regelmäßig informiert. Zudem erhielt der Prozess in der Politik und weiteren Interessensvertreter*innen zusehends mehr Aufmerksamkeit.

Um auch die Öffentlichkeit einzubeziehen, haben die Skater*innen den Kontakt zur Presse gesucht und sich an der Kinderstadt 2022 beteiligt. Dadurch wurde Kindern die Möglichkeit gegeben, die Sportart Skaten besser kennen zu lernen. Zusätzlich haben sie für ihr Anliegen Unterschriften gesammelt.



Insgesamt 30 Jugendliche nahmen im April 2023 am Jugendevent „Grill & Chill“ teil.



Erste Erfahrungen auf dem Skateboard konnten die Kinder unter Anleitung der jungen Skater*innen machen.

Im Jahr 2022 hat das Kinder- und Jugendbüro sich an die Schülervvertretungen gewandt und angefragt, ob Interesse besteht, sich über das Thema Jugendbeteiligung auszutauschen. Daraus hat sich eine Gruppe mit Jugendlichen im Alter von 15-20 Jahren gebildet, die sich seit 2022 regelmäßig einmal im Monat trifft. Hieraus ergab sich der Bedarf an Schulungen (z. B. Formen der Beteiligung) und eigenständigen Projekten (Grill&Chill, TeilnahmeYouNight), um andere Jugendliche für das Thema zu begeistern.

Das Kinder- und Jugendbüro hat unterstützend die Prozesse begleitet, um beispielsweise personelle, finanzielle und räumliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus haben die Jugendlichen ein Interview mit der Presse geführt. Dabei wurde klar formuliert, dass sich die Jugendlichen von Seiten der Politik wünschen, ernstgenommen zu werden und auf Augenhöhe zu kommunizieren. Der Prozess der Jugendvertretung wird weiter begleitet, da noch keine Form der Jugendbeteiligung priorisiert wurde. Weitere Zielsetzung ist es, eine

Gruppe in Frankenthal zu etablieren, die selbstständig Projekte durchführen kann, die Kommunikation mit der Politik pflegt und auch den Kontakt zur Altersgruppe herstellt.

Zur Reaktivierung des kommunalen Jugendrings, der als Zusammenschluss von Jugendverbänden nach §12 SGB VIII ein Ort sein soll, an dem „Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ werden und somit ein wichtiger Bestandteil in der Beteiligung von jungen Menschen ist, wurden mit den ehemaligen Vertreter*innen des Jugendrings, Politik und dem Kinder- und Jugendbüro die kommunale Entwicklung und Historie des Jugendrings reflektiert und neue Aktivierungspläne entwickelt. Zur anfänglichen Auftaktveranstaltung waren viele Vereinsvertreter*innen, der Beigeordnete der Stadt FT, Vertreterin des Jugendrings LK Worms und der Stadtjugendpfleger FT vertreten. Als Ergebnis konnte festgehalten werden,

- dass ein organisierter Zusammenschluss der Vereine sinnvoll ist,
- aber viele Vereine eigene Interessensvertreter*innen in der Politik haben,
- Ehrenamtliche meist überlastet sind und somit keine weiteren Aufgaben übernehmen können,
- es Nachwuchsprobleme in den Vereinen gibt,
- sich ehrenamtliches Engagement (gerade bei jungen Vereinsmitgliedern) immer mehr nur auf ganz gezielte Gruppen/Projekte konzentriert
- und neue organisierte Zusammenschlüsse genau auf eine verbindliche Realisierbarkeit geprüft werden müssen.

Bei der Anschlussveranstaltung, bei der die Rückmeldungen aus den Vereinen reflektiert werden sollten, um neue konzeptionelle Eckpunkte zu diskutieren, waren nur noch wenige Vertreter*innen

der Vereine anwesend. Eine weitere Veranstaltung steht zum jetzigen Zeitpunkt noch aus.

Erfahrungen

Die Erstkontakte zu den jugendlichen Zielgruppen und anderen Prozessbeteiligten konnten in der Regel gut hergestellt werden. Die Einbindung eines kommunalen Politikvertreters war durch das Engagement des Beigeordneten/Dezernenten gewährleistet. Durch die moderierten Dialogprozesse eines Stadtplanungsbüros, konnten die partizipativen Prozesse fachlich und emotional unterstützend begleitet werden. Die hierdurch zusammengetragenen Prozessentwicklungsschritte, fachlichen Standards und subjektiven Erwartungshaltungen konnten gebündelt und im Rahmen von gemeinsam erarbeiteten Meilensteinen für Lösungsvorlagen entwickelt werden.

Das Engagement der jungen Menschen hat dazu geführt, dass der Dialogprozess von der Landesregierung im Rahmen des Jugendengagementwettbewerbs „Sich Einmischen – Was Bewegen“ in 2021/22 ausgezeichnet wurde. Zudem wurden VertreterInnen des Dialogprozesses vom Bundespräsidenten für ihr ehrenamtliches Engagement zum Sommerfest nach Berlin eingeladen. Auf kommunaler Ebene mussten die jungen Menschen erfahren, dass dieses Engagement nur unzureichend und nicht im Prozess widerspiegelnd gewürdigt wurde.

Schwierigkeiten haben wir in der fehlenden Selbstwirksamkeit bei allen Zielgruppen im gesellschaftlichen Querschnitt wahrgenommen. Zudem wurde in den Dialogprozessen sichtbar, dass die Erwartungshaltung und Kompromissfähigkeit der Jugendlichen größer ist, als das der beteiligten Erwachsenen.

Der Prozess war zudem davon geprägt, dass Politik gegenüber der Einbindung von jungen Menschen in partizipative Prozesse und Entscheidungen unerfahren ist und aufgrund von fehlendem partizipativen Konzeptwissen immer wieder ver-

suchte, Prozesse für eigene Interessen zu instrumentalisieren, die durch die konzipierenden Fachleute „geschützt“ werden mussten.

Zudem war eindeutig sichtbar, dass Verwaltungsprozesse weit hinter den Anforderungen von partizipativen Prozessen junger Menschen „hinterherhinken“. Dabei ist die ständige und nachhaltige Vertretung von jungen Menschen in Ausschüssen und/oder Projekten bisher nicht, oder nur unzureichend, geschweige denn nachhaltig, gewährleistet.

Die Situation in Frankenthal hat dazu geführt, dass trotz hohem Engagement von jungen Menschen und bereichsübergreifender Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung, die Stadtspitze und Politik über fünf Jahre keine verbindliche Entscheidung für oder gegen einen neuen Platz getroffen hat, was zu Unmut bei den jungen Menschen geführt hat.

Die gesellschaftlichen, weltpolitischen und pandemischen Entwicklungen während der Beteiligungsverfahren in Frankenthal seit 2020 haben



Dialogprozess auf Augenhöhe - Bei einem gemeinsamen Treffen wurden die Ergebnisse und Forderungen dem Oberbürgermeister und Beigeordneten von den Jugendlichen präsentiert und anschließend offen diskutiert.

dazu geführt, dass die Gesellschaft und Politik mit vielen schwierigen Situationen beschäftigt war, die den kommunalen Mitbestimmungsprozess der jungen Menschen mitunter überlagert, aber auch in den Fokus gerückt hat.

Im Rahmen der Konzeptentwicklung ist aber auch sichtbar geworden, dass die pädagogischen und sozialpädagogischen Fachkräfte teilweise nicht über professionsbezogene Instrumente und Methoden (wie z. B. die GEBE-Methode) verfügen, um die Mitbestimmung von jungen Menschen adäquat zu unterstützen und mit zu entwickeln. Auch die eigene Haltung und gesellschaftliche Priorisierung der Fachkräfte gegenüber Mitbestimmungsprozessen musste immer wieder durch Sensibilisierungsprozesse und Schulungen unterstützt, diskutiert und angepasst werden.

Lerneffekte

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Partizipationsprozesse mit jungen Menschen, wenn Sie nachhaltig entwickelt werden sollen, einem konzentrierten und fachlich angepassten Vorgehen von geschulten Personal unterliegen müssen, die dementsprechend ausgebildet und mit den dafür notwendigen Zeitressourcen ausgestattet sind. Das Identifizieren von professionsbedingten Instrumenten und Methoden sowie die Haltungsdiskussionen gegenüber der Demokratiebildung und Mitbestimmung gegenüber Prozessbeteiligten waren Erkenntnisse aus diesem Prozess, die wir im Grundsatz so nicht erwartet hatten.

Der Prozess als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe war zudem immer wieder in der Prozess- und Konzeptentwicklung sichtbar und muss weiterhin auf unterschiedlichsten Ebenen und Zeitpunkten diskutiert, eingebunden und beworben werden.

Innerhalb der Kommune hat das Projekt dazu beigetragen, dass verbindliche neue Dialogräume geschaffen wurden, in denen sich Jugend und Politik projektbezogen auf Augenhöhe begegnen konn-

ten. Dies war ein erster und grundlegender Schritt im Rahmen von Jugendbeteiligung, der immer gewährleistet sein muss.

Jugendliche konnten während der bisherigen Prozesse verstehen, dass Politiker*innen Entscheidungsträger innerhalb der Kommune sind, die unterschiedliche kommunale Prozesse steuern müssen. Es ist wichtig, dass sie dazu auch die Bedarfe der Kinder- und Jugendlichen kennen und diese inhaltlich und personell mit in die Entscheidungen einbeziehen. Im Umkehrschluss wurde sichtbar, dass die Sensibilisierung der weiteren Prozessbeteiligten gegenüber den Bedarfen und Prozesspriorisierungen der jungen Menschen nicht immer in der gleichen Eindeutigkeit gewährleistet werden konnte, sodass hier noch mehr Aufmerksamkeit auf Prozessreflektion, Steuerung, Sensibilisierungen und Schulungen gelegt werden muss.

Empfehlungen

Erkenntnisse aus der Jugendstrategie sind, dass themenbezogene Schulungen für die Bereiche Politik, Verwaltung und Fachkräfte und auch die Jugendlichen notwendig sind, damit es ein Grundverständnis zum Thema Jugendbeteiligung gibt und abgestimmtes, lösungs- und praxisorientiertes Handeln möglich ist. Eine Verteidigung der Prozesse gegenüber „plakativen“ und instrumentalisierten Projekten muss gewährleistet werden, um demokratisches Handeln von gleichberechtigten Beteiligten auf Augenhöhe zu gewährleisten. Sicherzustellen ist eine Begleitung von jungen Menschen, um ihnen Räume für Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen.

Für die fachlich vertretbare Durchführung braucht es eine Sicherstellung von konzeptionellen Zeit-, Personal- und Finanzressourcen. Besonders hilfreich war die Einbindung einer externen Moderation, um als Mitarbeitende der Stadt nicht in Interessenskonflikte zu kommen und Prozessqualitäten sicherzustellen.

Die Installation von Steuerungs- und operativen Arbeitskreisen, unter Einbindung von unterschiedlichsten Beteiligten, vor allem der Stadtspitzen und politischen Vertreter*innen, sind essentiell für die Prozessakzeptanz und sich daraus entwickelnde Konzeptionierung.

Aus der Erfahrung heraus wurde sichtbar, dass kommunale Prozesse nur schwer miteinander vergleichbar sind und eine auf die Gebietskörperschaft angepasste Konzeptentwicklung notwendig ist.

ANHANG

Mit PEP vor Ort 3 – Inhalts- und Zeitachse der Teilnehmendentreffen im Überblick

ABLAUF - MIT PEP VOR ORT 3

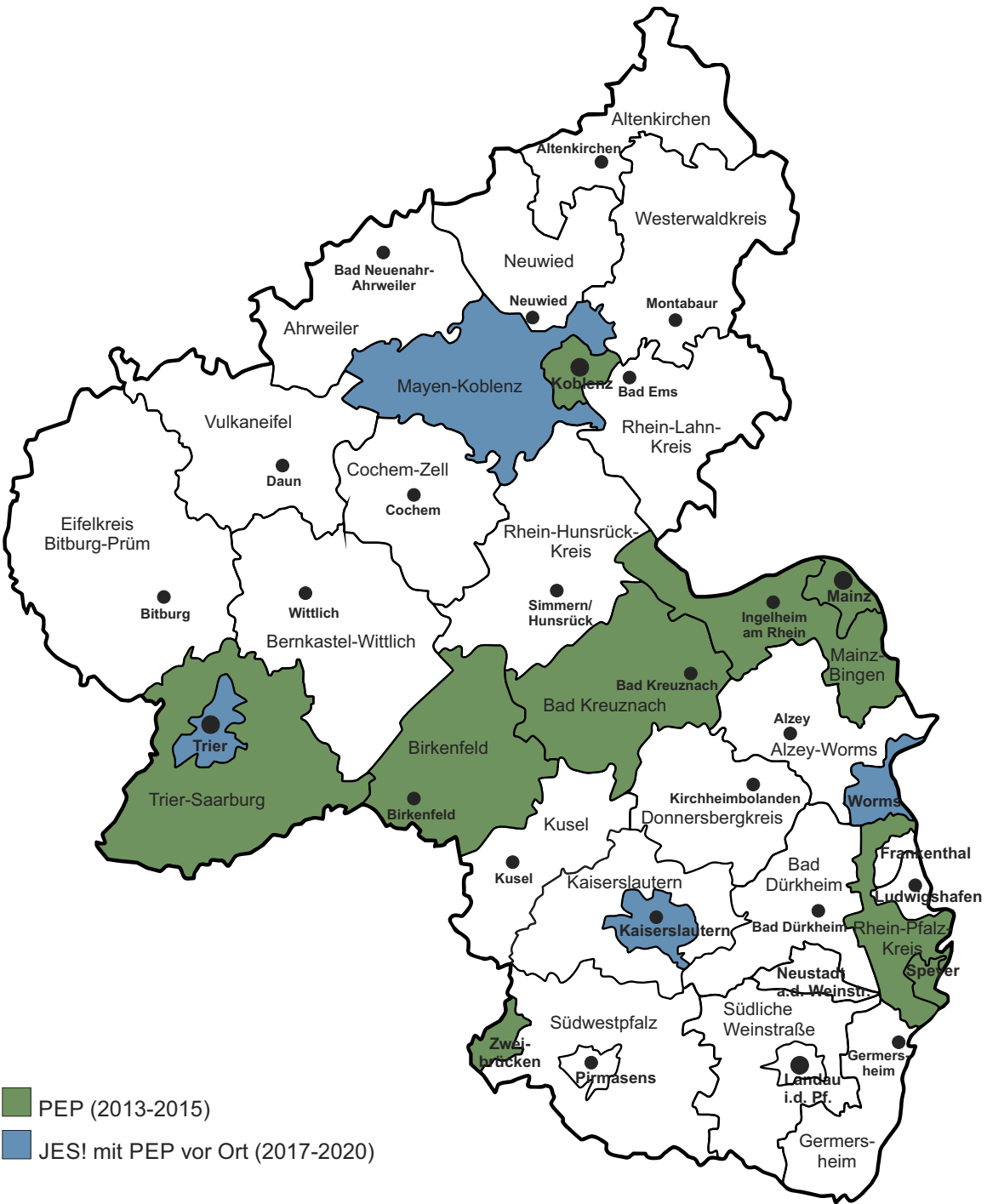


Geographische Verteilung der Projektträger

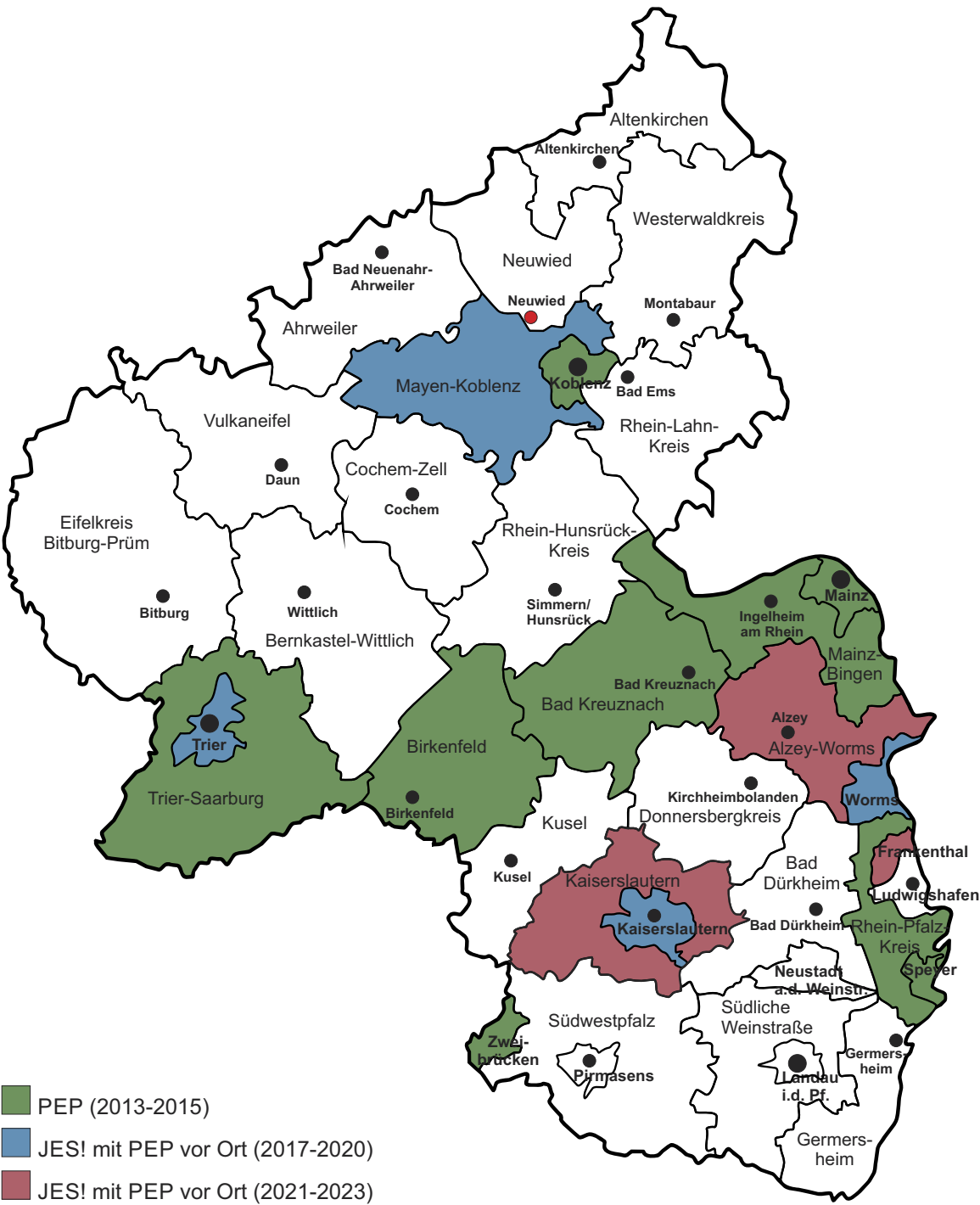
Geographische Verteilung der Projektträger 2021 - 2023



Geographische Verteilung der Vorgängerprojekte 2013 - 2015 und 2017 - 2020



Geographische Verteilung der Projektträger (2017 - 2020), des Vorläuferprojektes (2013 - 2015) und des aktuell beendeten Projektes (2021 - 2023)



Projektbeirat

Zusammensetzung

| Anzahl | Mitglieder | Vertretung |
|--------|---|---|
| 2 | <ul style="list-style-type: none">■ Lucia Stanko■ Lisa Harlfinger■ Svenja Hachenberg,■ Jonathan Armas, MFFIK | aus dem Jugendministerium |
| 2 | <ul style="list-style-type: none">■ Prof. Dr. Werner Lindner EAH Jena■ Prof. Dr. Nils Köbel KH Mainz | aus der Wissenschaft |
| 1 | <ul style="list-style-type: none">■ Vorsitzender Volker Steinberg | von Seiten des Fachausschusses 1 des LJHA |
| 2 | <ul style="list-style-type: none">■ Bürgermeister Peter Jung Stadt Neuwied■ Landrat Ralf Leßmeister Kreis Kaiserslautern | der Verwaltungsspitzen. Jeweils ein/e Vertreter/in der teilnehmenden Kommunen von Stadt und Land |
| 2 | <ul style="list-style-type: none">■ Stadtjugendpfleger Michael Krauss Stadt Frankenthal■ Kreisjugendpflegerin Christine Hassemer Kreis Alzey-Worms | der Projektteilnehmende von Stadt und Kreis |
| 1 | <ul style="list-style-type: none">■ Dominik Schmidt Vorstand | der Landesschüler*innen- vertretung RLP |
| 1 | <ul style="list-style-type: none">■ Nadya Konrad Geschäftsführerin des LJR | des Landesjugendringes |
| 2 | <ul style="list-style-type: none">■ Nils Wiechmann Referatsleiter Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe■ Rudi Neu Landesjugendpfleger, Fachberater für Jugendarbeit | der Verwaltung der Abteilung Landesjugendamt des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung |

Aufgaben des Projektbeirates

In regelmäßigen Reflexionstreffen wurden Maßnahmen der Nachsteuerung ergriffen, die die Durchführung des Projektes sicherstellten. Folgende Aufgaben gingen damit einher:

- Beleuchtung des Entwicklungsstands des Projekts
- Bewertung, Benennung von Problemen
- Vorschläge zum (Nach-) Steuerungsbedarf
- Projektübergreifende Vernetzung
- Erörterung des Programms der überregionalen gemeinsamen Veranstaltungen



„Sags mit einem Bild“ – Gruppe am Ende des Evaluationstreffen

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Petra Brenk

Diplom-Pädagogin, Kreisverwaltung Kaiserslautern, Kreisjugendpflegerin

Simone Breu

Diplom Handelslehrerin, Jugendhilfeplanerin im Landkreis Alzey-Worms

Stephan Grohs, Prof. Dr.

Diplom-Sozialwissenschaftler, Professur für Politikwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Senior Fellow des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Arbeitsschwerpunkte: Lokale Politik- und Verwaltungsforschung, insbesondere kommunale Sozial- und Planungspolitik.

Christine Hassemer

Master of Arts Soziale Arbeit, Kreisjugendpflegerin im Landkreis Alzey-Worms

Sonja Jensen

Diplom Sozialpädagogin/ European Community Education, Beraterin für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Fachstelle Partizipation der Stadt Neuwied

Moritz Kirchner, Dr.

Dipl. Psychologe, Geschäftsführender Gesellschafter Institut für Kommunikation und Gesellschaft, Coach für Rhetorik, Organisation, Persönlichkeit, Potsdam

Nils Köbel, Prof. Dr.

Professur für Pädagogik, Katholische Hochschule Mainz

Michael Krauß

Sozialarbeiter (B.A.), Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz), Abteilungsleitung Kinder- & Jugendbüro Frankenthal

Werner Lindner, Prof. Dr.

Dipl.-Pädagoge., Dipl. Sozialarbeiter., EAH Jena, Fachbereich Sozialwesen. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Arbeit, Kinder- und Jugendarbeit, sozialpädagogische Bildung, politikwissenschaftliche Aspekte der Sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendarbeit

Rudi Neu

Dipl. Päd., Dipl. Soz. Päd (FH), Master of Arts Supervision in der Arbeitswelt, Fachberater für Jugendarbeit im Landesjugendamt, Landesjugendpfleger

Marius Reuter

Sozialarbeiter (B.A.), Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz), Kinder- & Jugendbüro Frankenthal

Anna Sander

B.A. Erziehungswissenschaften und Kulturanthropologie, Sitz im Jugendhilfeausschuss, als eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau; Aufsuchende Jugendarbeit; Hauptamtliche Pädagogin des Jugendzentrum Big House der Stadt Neuwied

Herbert Schubert, Prof. Dr. Dr.

Sozial- und Raumwissenschaftler (Dr. phil. Dr. rer. hort. habil.), ehem. Professor an der TH Köln, aktuell: Sozial • Raum • Management - Büro für Forschung und Beratung, Hannover

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesamt für Soziales, Jugend
und Versorgung des Landes Rheinland-Pfalz
Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
www.lsjv.rlp.de



Mainz, April 2024

Fotos und Abbildungen

| | |
|------------------------------------|---|
| Titelbild | © michaeljung – Fotolia.com |
| Seite 3 | © Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration |
| Seite 6, Albrecht Bähr | © Diakonisches Werk Pfalz/ B. Pakalski |
| Seite 6, Iris Egger-Otholt | © Iris Egger-Otholt |
| Seite 16 | © Prof. Dr. Werner Lindner |
| Seite 23, 24, 25 | © Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert |
| Seite 34, 35 oben rechts | © Kaiserslautern |
| Seite 35 unten links, 36, 37 unten | © Landkreis Kaiserslautern |
| Seite 40-42 | © Landkreis Alzey-Worms |
| Seite 46-50 | © Stadt Neuwied |
| Seite 52-53, 55 | © Frankenthal |
| Übrige Bilder | © Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung |

Hinweis: Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind die jeweils benannten Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung herausgegeben und mit Mitteln des Ministeriums für Familien, Frauen, Kultur und Integration gefördert. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und Wahlwerbern oder von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION



RheinlandPfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG



Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-365

poststelle-mz@lsjv.rlp.de
www.lsjv.rlp.de



Diese Dokumentation und das zugrundeliegende Projekt wurden gefördert durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration.